

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 9. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Sechsmonatfrist für die Reichswehr.

Drohung mit dem Einmarsch in das Ruhrrevier.

Spa, 8. Juli. (W.B.) Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 1/4 Uhr im Schloß de la Fresnaye eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß Deutschland, sofern es sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Sicherheitspolizei schreite, für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von sechs Monaten zugewilligt sei. Die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Raten bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000, bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann stattzufinden.

Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien.

Lloyd George entgegnete, daß die Alliierten darauf beständen, daß wir das Programm mit diesen Abmachungen annehmen.

Demgegenüber erklärte Dr. Simons, daß wir das nicht tun können, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben.

Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt. Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

Der Wortlaut der Erklärung.

Spa, 8. Juli. (W.B.) Die in der heutigen Sitzung als Ergebnis der Beratung der Alliierten übergebene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Unter der Bedingung, daß Deutschland
a) sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreitet,
b) eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der die sofortige Auslieferung aller Waffen gefordert wird, die in den Händen der Zivilbevölkerung sind, und welche im Falle der Zuwiderhandlung wirksame Strafen vorsieht (Im Falle, daß die Befugnisse, die die Regierung kraft Gesetzes hat, nach dieser Richtung hin ungenügend sein sollten, müssen unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen geschaffen werden, die Befugnisse der vollziehenden Gewalt auf diesem Gebiet zu vergrößern.),
c) sofort alle die Maßnahmen in Angriff nimmt und ergreift, die notwendig sind, um die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und um das Heer auf der Grundlage der langfristigen Dienstzeit anzubauen, so wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist,
d) den Alliierten alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und alles Kriegsgerät, das über die im Vertrage zugelassenen Mengen hinausgeht, zum Zwecke der Zerstörung ausliefert, und den Alliierten bei der Zerstörung behilflich ist,
e) die Anwendung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrages über die Seemacht wie über die Luftfahrt sicherstellt, die noch keine Ausführung gefunden haben,

erklären sich die Alliierten damit einverstanden:
1. die Frist, die für die Verminderung der Streitkräfte der Reichswehr vorgesehen ist, bis zum 1. Oktober zu verlängern. Zu diesem Zeitpunkt muß das Heer auf 150 000 Mann beschränkt sein und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfassen. Die Alliierten erklären sich weiter mit einer zweiten am 1. Januar 1921 ablaufenden Frist einverstanden. Zu diesem Zeitpunkt muß die Ermäßigung der Streitkräfte auf 100 000 Mann genau in der Zusammensetzung und der Organisation, wie im Friedensvertrag vorgesehen, vollendet sein,
2. die deutsche Regierung zu ermächtigen, in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober diejenigen Streitkräfte zu unterhalten, deren Zahl der internationalisierte militärische Überwachungsanspruch ihr bekanntgegeben wird, um an der Sammlung der Waffen teilzunehmen,
3. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Waffenstillstand aus dem befestigten Gebiet nach anderen Teilen Deutschlands zu verhindern.

Wenn zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 1. Januar 1921 die Alliierten Überwachungsansprüche in Deutschland feststellen, daß die Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung nicht loyal ausgeführt werden, z. B. wenn am 1. September die vorgesehenen Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen nicht ergriffen worden sind, wenn die Zerstörung und die Auslieferung des Kriegsgeräts nicht normal ihren Fortgang nehmen, wenn am 1. Oktober das deutsche Heer nicht auf eine Ziffer von 150 000 Mann beschränkt ist und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfaßt, werden die Alliierten zur Besetzung eines neuen

Teils des deutschen Gebiets schreiten, sei es des Ruhrgebiets, sei es jeden anderen Gebiets, und werden dieses Gebiet erst an dem Tage räumen, wo alle Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung restlos erfüllt sein werden.

Schwere Entscheidung.

VS. Spa, 8. Juli (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Krise erreichte heute ihren Höhepunkt. Die Alliierten haben eine Art Ultimatum überreicht, das in der Drohung der Besetzung des Ruhrgebietes gipfelt. Dieses Ultimatum muß bis morgen 11 Uhr vormittags beantwortet sein. Die Forderungen sind sehr scharf formuliert, aber obwohl sie sehr schwer erfüllbar sind, bedrohen sie doch keine lebenswichtigen Interessen Deutschlands unmittelbar. Rechtlich sind sie kaum anzufechten, da sie tatsächlich auf dem Friedensvertrag beruhen. Sie sind übrigens zum größten Teil die Wiederholung der Entwaffnungsnoten vom 28. Juni. Der schwerste Teil ist dabei natürlich die Forderung der Entwaffnung der Sicherheitspolizei. Was nun die Sicherheitspolizei anbelangt, so muß gesagt werden, daß deutscherseits der Fehler begangen worden ist, diese Frage nicht selbst anzuschneiden, da es die Entente ihrerseits nicht tat. Man besprach nur die Reichswehrfrage, und das Ergebnis der Erörterungen ist das heutige Ultimatum. Jetzt ist es nun zu spät, noch für die Sicherheitspolizei zu plädieren. Die maßgebenden Kreise der deutschen Delegation weisen allerdings demgegenüber darauf hin, daß der Rahmen der Besprechung streng von Lloyd George vorgezeichnet wurde. Aber auch hier scheint ein Regieschüler unsererseits begangen worden zu sein. Es war niemand rechtzeitig da, um unseren Standpunkt in der Sicherheitspolizeifrage wirksam zu vertreten. Jetzt müssen wir uns damit begnügen zu hoffen, daß die alliierten Militärkommissionen unserem Wunsch in der Frage der Bewaffnung, der Kasernierung und der Zahl etwas entgegenkommen. Alle anderen Forderungen der Alliierten sind theoretisch durchführbar, zum Teil sogar nicht umbillig. Die praktische Durchführung der Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Waffenabgabe ist eine Frage des guten Willens der einzelstaatlichen Regierungen und der betreffenden Teile der Bevölkerung. Es müßte also gegebenenfalls ein starker Druck auf Bayern in der ersten Frage ausgeübt werden, und was die zweite betrifft, so lastet nunmehr eine schwere Verantwortung auf den pommeresischen Gütsbesitzern und auf gewissen radikalen Kreisen. Die Teilgehändnisse der Alliierten sind nicht unwesentlich. Die sechsmonatige Verminderungsfrist ist zweifellos ein Entgegenkommen, und wenn auch der Sechste Vorschlag anders lautet, so ist die Ansicht unserer Militärs ja kein Evangelium. Auf den zu erwartenden Protesttum der rechtsstehenden Organe wird die Arbeiterchaft nicht hereinfallen.

Das Entgegenkommen wegen der Räumung der neutralen Zone ist um so wichtiger, als am 10. Juli 10 Uhr vormittags (also übermorgen) die Räumungsfrist sonst abläuft. So schwierig also auch gewisse Verpflichtungen sein mögen, die uns die Alliierten auferlegen, so darf doch die Konferenz nicht an ihnen scheitern.

Auf die Erklärung wurde schnellste Antwort verlangt. Es wurde der deutschen Vertretung anheimgestellt, sich in einen besonderen Raum im Hause selbst zurückzuziehen, um über sie zu beraten. Reichsminister Dr. Simons erklärte darauf, dies ginge nicht an, da sich die Vertretung, bevor sie endgültig Bescheid geben könne, mit den in Berlin verbliebenen Regierungsmitgliedern verständigen müsse.

Nach der Konferenz fand am Sitz der deutschen Delegation eine längere Beratung unter Vorsitz des Reichskanzlers Fehrenbach statt, an der auch Genosse Sebering teilnahm. Nach vorläufiger Beratung wurde Minister Simons zum Generalsekretär der Konferenz, dem belgischen Vertreter Rolin Jaquelin, zu einer Besprechung abgeholt und fuhr im Auto mit ihm fort.

Ueber das Ergebnis der Beratungen, die wahrscheinlich morgen noch fortgesetzt werden, verlautet bisher nichts. Die Stimmung in den Kreisen der deutschen Delegation ist ernst.

Die Verhandlungen über die Waffenvernichtung.

Spa, 8. Juli. (Habasmeldung.) Die militärischen Sachverständigen, unter denen Frankreich durch General Kollat und Deutschland durch General v. Seeck vertreten waren, berieten gestern lange unter Vergleichung der von den deutschen militärischen Stellen und den beiden alliierten Delegierten eingehenden Zahlen über das zu vernichtende oder auszuliefernde Material. Es erfolgte eine Einigung in dem Sinne, daß die Zerstörung von 14 000 Geschützen, 5000 Maschinengewehren und 750 000 Handwaffen als erfolgt anerkannt wird, dagegen weigerten sich die Alliierten, den deutschen Offizieren bezüglich des noch zu vernichtenden Materials zuzustimmen, da man fortwährend noch weitere Vorräte ausdeckt. Man wisse so, daß mindestens die Hälfte des deutschen Materials noch nicht zerstört sei.

Gestern um 9 Uhr abends fand in der Reichskanzlei eine Kabinettsitzung der in Berlin verbliebenen Regierungsmitglieder statt, der auch der Reichspräsident Ebert beizuhönte. Den Gegenstand der Beratung bildete die in Spa entstandene Situation.

Für 10 Uhr abends waren die Parteiführer des Reichstags zu einer Besprechung in der Reichskanzlei berufen, die sich mit dem gleichen Gegenstand beschäftigte.

Heute 8 Uhr morgens wird dem Hauptauschuß des Reichstags und dem Reichsrat ein gemeinsamer Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen gegeben werden. Die beiden Körperschaften dürften sich dann zu besonderen Beratungen juridizieren.

Die deutschen Bedenken dürften sich in der Hauptsache auf zwei Punkte konzentrieren: Erstens erscheint die Forderung der „Entwaffnung“ der Sicherheitspolizei im Zusammenhang mit der gleichzeitig geforderten „Entwaffnung“ der Einwohnerwehr unverständlich, man neigt zu der Annahme, daß hier ein und dasselbe Wort auf zwei verschiedene Begriffe verwandt wird. Wäre dies der Fall, würde nur gefordert, daß die Sicherheitspolizei auf Großkampfwaffen verzichtet und würde die Art und das Maß der polizeilichen Bewaffnung im übrigen der Entscheidung der deutschen Behörden überlassen bleiben, so wären die Bedenken in diesem Punkt zu überwinden.

Zweitens aber möchte die deutsche Regierung durch ihr Verhalten nicht den Anschein des Zugeständnisses erwecken, als halte sie die Befehung weiterer deutscher Gebiete als Druckmittel zur Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles für zulässig. Die deutsche Regierung hat stets den Standpunkt vertreten, daß der Friedensvertrag den Alliierten nicht das Recht gibt, noch andere Gebiete, als die in ihm ausdrücklich bezeichneten, militärisch zu besetzen. Sie hat nicht die Absicht, eine Erklärung abzugeben, aus der geschlossen werden könnte, daß sie den von ihr bisher stets festgehaltenen Rechtsstandpunkt aufgegeben hätte.

Trotzdem ist zu erwarten, daß morgen in Spa die Lösung gefunden werden wird.

Die Alliierten haben die Bahn der Verständigung verlassen und wieder die Bahn des Diktats betreten, dadurch ähnelt die augenblickliche Situation von Spa der vorjährigen von Versailles. Der Unterschied besteht aber darin, daß es sich in Versailles um ein Gesamtdiktat handelte, das die ungeheuerlichen wirtschaftlichen Bedingungen enthielt, während es sich diesmal um eine „einseitige Auflage“ dreht, die in einer Spezialfrage erlassen wird. Im Vorjahr stand das deutsche Volk auch vor einer neuen Situation, die ihm wie ein Stein auf den Kopf fiel, diesmal war es darauf gefaßt, daß man von ihm die Ausführung des Friedensvertrages fordern würde, der die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann eigentlich schon für den 1. März 1920 verlangt.

Wenn die Forderung der Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann binnen sechs Monaten auch der Form nach, wie Minister Dr. Simons sagt, eine „einseitige Auflage“, ein Diktat, ist, so stellt sie doch in der Sache gegenüber der ursprünglichen Forderung, die einen Termin von drei Monaten setzte, ein Kompromiß dar. Die Bedenken der deutschen Vertretung dürften sich, wenn sie mit den unteren parallel gehen, weniger gegen diese Terminfestsetzung richten, als gegen die gleichzeitig geforderte Entwaffnung der Sicherheitspolizei (die Einwohnerwehren sind im größten Teil Deutschlands bereits entwaffnet). Die Alliierten scheinen noch dem vorliegenden Bericht die Reichswehr besser behandeln zu wollen als die Sicherheitspolizei, sie vermindern durch Verlängerung der Frist von drei auf sechs Monate die Unruhe, die in der Reichswehr herborgerufen wird, tragen aber eine desto größere Unruhe in die Sicherheitspolizei hinein. Und doch würde die Logik verlangen, daß man die örtlichen Sicherheitsorgane eher stark als schwächt, wenn man beabsichtigt, durch Entlassung von 100 000 Reichswehrsoldaten binnen sechs Monaten die Zahl der urchinlichen Elemente in den Großstädten zu vermindern.

Obwohl das Ergebnis der im Augenblick noch jähwährenden Beratungen noch nicht bekannt ist, nehmen wir an, daß man um diesen Gefahrenpunkt herumkommen und alsbald zur Beratung der wirtschaftlichen Probleme übergehen wird, die das deutsche Volk bei weitem mehr interessieren als die militärischen. Es wird sich dann zeigen, ob das Verständnis der Alliierten für die deutschen Lebensnotwendigkeiten — hier handelt es sich um wirkliche — auf diesem Gebiet größer ist. Wenn nicht, dann werden eben wieder Diktate erlassen und Protokolle vorgelegt werden, man wird aber durch sie nichts an der Last ändern, daß noch niemals jemand, weder ein Mensch noch ein Volk, mehr geliebt hat als er leiden kann!

Anzeigepreis:
Die achtspaltige Kontraktzeile kostet...
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1.— 2. (zufolge zwei ständige Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellensuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Fernerungsschlag 50%, Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2.— 2. politische und gesellschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— 2. die Seite ohne Zuschlag Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Moskaus Bedingungen.

10 inhaltsschwere Punkte.

In unserem Bericht im gestrigen Abendblatt „Eine totalitäre Konvention“ hatten wir kurz auf die Bedingungen hingewiesen, von deren vorbehaltloser Annahme die Volksgewalten die Aufnahme der Unabhängigen in die Dritte Internationale abhängig machen. Die 10 Punkte, die sie aufstellen, sind so bedeutungsvoll, daß wir es uns nicht verjagen können, sie in ihrem Wortlaut mitzuteilen. Sie lauten:

1. Die Diktatur bedeutet das Vorgehen der Bourgeoisie durch eine revolutionäre Vorhut im Gegensatz zu der Auffassung, daß man erst die Mehrheit bei den Wahlen haben müsse. Durch die Diktatur bekommt die Mehrheit die Mehrheit und nicht durch die Mehrheit die Diktatur.
2. Die Diktatur bedeutet Anwendung von Gewalt und Terror.
3. Diejenigen, welche bei dem gegenwärtigen kapitalistischen Terror und dessen Grausamkeiten den Bürgerkrieg herbeiführen und vor ihm zurückweichen, sind in Wirklichkeit reaktionär geworden.
4. Die Diktatur des Proletariats und die Herrschaft der Sowjets bringt die Notwendigkeit mit sich, den Apparat des bürgerlichen Staates auch dann zu vernichten, wenn er republikanisch-demokratisch ist.
5. Jede Revolution bedeutet im Gegensatz zu dem Wege, den die Reform einschlägt, eine außerordentliche radikale Krise, die die größten Opfer von uns fordert.
6. Freiheit der Presse und Versammlungsfreiheit werden bedeuten, daß man der Bourgeoisie das Recht einräumt, die öffentliche Meinung zu vergiften.
7. Nur durch die Enteignung der Enteigner kann man die Waffen der Ausgebeuteten gewinnen. Nur nach dem Siege wird das Proletariat die Teile der Bevölkerung hinter sich bekommen, die bisher in der Gefolgschaft der Bourgeoisie waren.
8. Die deutschen Unabhängigen und die Longuetisten unternehmen nichts, um die Armee in eine Rote Armee zu verwandeln, und sie weigern sich, die ungeheuerlichen Methoden der Anwendung ihrer Freisetz mit ungeheuerlichen Methoden zu beantworten.
9. Die Enteignung des Kapitalismus darf nicht auf dem Wege von Reformen geschehen, sondern durch Beschlagnahme.
10. Die Unabhängigen müssen sich mit Spartakus vereinigen.

Die deutschen Arbeiter, die mit Clara Zetkin von einem kommunistischen Paradies träumen, werden doch etwas überrascht sein, wenn sie diese russische Auffassung, wie sie hier in treffender Kürze niedergelegt ist, kennen lernen. Sie bedeutet mit einem Worte den restlosen Verzicht auf sozialistische Methoden zur Erreichung des Sozialismus und ihre Ersetzung durch den geistlosen Appell an die Waffen. All das, wogegen sich die Arbeiterklasse mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ihren kapitalistischen Feinden gegenüber gewandt hatte, nämlich die Verabredung der Press- und Versammlungsfreiheit, sowie Anwendung von Gewalt, wird von den russischen „Margariten“ zum Prinzip erhoben. Die russische Theorie läuft — um es in einem Satz zusammenzufassen — auf die Ersetzung des Klassenkampfes durch den Bürgerkrieg hinaus. Das ist der Gedanke, der durch die 10 Punkte als Leitfaden hindurchzieht. Die Arbeiter, die gerade aus Gründen des Klassenkampfes heraus sich als Gegner des Bürgerkrieges bezeichnen, werden nicht wenig überrascht sein, von dem Diktator Lenin das Schimpfwort „Reaktionäre“ an den Kopf geworfen zu erhalten, und die Moskauer, von denen nicht wenige — mögen sie es auch heute nicht einsehen wollen — in den Tagen des Rapp-Brechens sich für die Erhaltung des demokratischen

Republikanismus einsetzten, werden nicht erfreut sein, wenn sie es als ihre Pflicht bezeichnet sehen, den Staat auch dann zu zerstückeln, wenn er demokratisch-republikanisch ist, also eine Struktur aufweist, die nach russischer Vorbildung für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist.

Das neue preussische Wahlgesetz.

Dem Reichswahlgesetz nachgebildet.

Im Preussischen Ministerium des Innern ist der Entwurf des preussischen Wahlgesetzes ausgearbeitet worden, der nach der Beratung im Staatsministerium der Landesversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt am 15. September zugehen soll.

Nach dem bisherigen Entwurf schließt sich das preussische Wahlgesetz ziemlich eng an das Reichswahlgesetz an; wesentliche Unterschiede bestehen nur in der Einteilung der Wahlkreise und Verbandswahlkreise. Entsprechend der Reichsverfassung sind wahlberechtigt alle in Preußen wohnhaften deutschen Männer und Frauen. Jeder Wähler hat eine Stimme. Das Wahlrecht der politischen Schutzhaftgefangenen ist im Gegensatz zu den übrigen Strafen Untersuchungsgefangenen ausdrücklich gesichert. Den Tag der Hauptwahl setzt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Hauptstadtrat der Landesversammlung fest. Die Vorlage sieht die Einteilung des Landes in

74 Wahlkreise

vor: Königsberg-Roed, Königsberg-West, Gumbinnen, Allenstein, sieben Berliner Wahlkreise, Grenzau, Potsdam, Frankfurt a. O., Cottbus, Stralsund, Stettin, Köslin, Schneidemühl, Pels, Schweidnitz, Waldenburg, Gericke, Pignitz, Oppeln, Ratibor, Völk, Neutitsch, Rattowitz, Stendal, Magdeburg, Halberstadt, Bitterfeld, Halle a. S., Raumburg, Erfurt, Klenburg, Kiel, Altona, Aurich, Osnabrück, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Münster, Redlinghausen, Minden, Bielefeld, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum, Dagen, Arnberg, Kassel, Hanau, Limburg, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Wesel, Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Elberfeld-Barmen, Solingen, Köln, Gummersbach, Bonn, Koblenz, Trier, Aachen und Sigmaringen. In jedem dieser Wahlbezirke werden vier bis sieben Abgeordnete gewählt, und zwar so, daß

auf je 40 000 für die Liste einer Partei abgegebene Stimmen 1 Abgeordneter

entfällt. Die Reststimmen werden den Verbandswahlkreisen zugeführt. Solcher Verbandswahlkreise gibt es 19, nämlich Ostpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Niederschlesien I, Niederschlesien II, Oberschlesien, Magdeburg, Merseburg-Erurt, Schleswig-Holstein, Hannover I, Hannover II, Münster-Minden, Arnberg, Essen-Rassau und Rheinland I-IV. In diesen Verbandswahlkreisen entfällt wiederum auf je 40 000 Stimmen ein Mandat. Die Reststimmen der Verbandswahlkreise werden der Landesliste zugeführt, bei der in der gleichen Weise auf 40 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Der wesentliche Unterschied vom Reichswahlgesetz besteht also darin, daß auf 40 000 (statt dort 80 000) Wähler ein Abgeordneter kommt und daß die Urwahlkreise wesentlich kleiner sind, um eine bessere politische Fühlung zwischen den Wählern und den Abgeordneten herzustellen. Die Bestimmungen über die Wahlhandlung, die Ausübung des Wahlrechtes und die Ermittlung des Wahlergebnisses entsprechen den gleichen Bestimmungen zum Reichswahlgesetz. Ebenso wie dort ist auch das Wahlprüfungsgericht vorgegeben. Von den Kosten, die den Gemeinden aus den Landtagswahlen entstehen, werden ihnen vier Fünftel vom Lande ersetzt. Alle übrigen Wahlkosten trägt das Land allein.

Die Befolgung der Eisenbahner.

Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 8. Juni die Tarif- und Befolgungsfrage der Reichsbahnarbeiter und Beamten zur eingehenden Erörterung. Abgeordneter Kopyur (Soz.) wies auf den Ernst der Lage hin und bestricherte die Annahme eines Antrages, der die Einstellung der erforderlichen Mittel in den Rotetat verlangte. Seitens der Regierung wurde die Notwendigkeit des Antrages Pieg bestritten, weil § 2 des Rotetagesgesetzes ganz generell die Mittel zur Ausführung von Vereinbarungen auf gesetzlicher Grundlage oder auf Grund einer Verordnung vorsieht. Abgeordneter Bur-

lage (N.) erklärte, daß das Zentrum erst nach Rückkehr der Minister aus Spa zu der Frage Stellung nehmen könne. Im gleichen Sinne sprach der Abgeordnete Derrburg (Dem.), der sich sofort gegen eine vermeintliche Streikdrohung wandte. Schließlich wurde der Antrag Pieg mit 13 gegen 11 Stimmen S.P.D. und U.S.P. abgelehnt. Dasselbe Schicksal erfuhr ein Antrag des Genossen Bauer, der auf eine klare Stellungnahme des Ausschusses in der Tariffrage hinzielte. Trotz aller Warnung seitens der sozialistischen Abgeordneten wurde der Antrag zur Lage (Str.) mit 13 gegen 12 Stimmen der S.P.D. und U.S.P. angenommen. Der Ausschuss wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. sofort nach Rückkehr des Herrn Reichsfinanzministers die Tarifverhandlungen mit den Staatsarbeitern zum endgültigen Abschluß zu bringen, 2. dem Unterausschuss zur Nachprüfung der Befolgungsordnung möglichst bald das erforderliche Material zu unterbreiten.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke.

Essen, 8. Juli. Die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Deutschlands haben entsprechend ihrer Bedeutung als Grundlage anderer Industrien sowie wegen ihrer Wichtigkeit für die Allgemeinheit als Kraft-, Licht-, Wärme- und Wasserpendler eine Reichsarbeitsgemeinschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke im Anschluß an die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands gegründet.

Die „Gemeinschaft der Arbeitgeberverbände der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Deutschlands“, in der die einzelnen Bezirksarbeitsgeberverbände mit den Fachverbänden der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserindustrie zu einer Organisation zusammengeschlossen sind, hat sich als Arbeitgeber mit den in Frage kommenden Arbeitnehmern dieser Industrien vereinigt, vor allem mit dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer Deutschlands.

Sie wollen im Sinne der Arbeitsgemeinschaft überhaupt in gemeinsamer Arbeit die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der in Frage kommenden Unternehmungen ihrer Lösung entgegenführen. Es sei nur u. a. hingewiesen auf die Frage der Ausnutzung der Kohle, auf den notwendigen Zusammenhang der Elektrizitätsversorgung und auf die fachliche Lösung der Berufsfragen. Wegen ihrer Bedeutung hatte deshalb diese Reichsarbeitsgemeinschaft durch die Zentralarbeitsgemeinschaft einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer in den Reichswirtschaftsrat entsandt.

Verhaftungen in Bayern.

Aus München wird gemeldet: Am Donnerstag früh ist der kommunistische Landtagsabgeordnete Eisenberger auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft verhaftet worden. In Würzburg wurde der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Stadtrat Schürer, verhaftet, weil er bei der Verurteilung der Opfer der kürzlichen Unruhen in einer Rede aufreizende Äußerungen gemacht haben soll.

Das Würzburger Volksgericht verurteilte wegen der letzten Unruhen 7 Angeklagte zu Strafen von 5 Monaten bis zu 4 Jahren Gefängnis. Das Gericht betonte in der Urteilsbegründung, daß die Feuerdemonstrationen heftig und verächtlich gewesen seien, daß aber gemeingefährliche Personen die Volksmassen aufgehetzt und zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt haben.

Die Streikbewegung im Saargebiet.

Weiteres Anwachsen der Bewegung.

Saarbrücken, 8. Juli. (S.P.R.) Der Streik in der Metallindustrie, der sich zum Generalstreik auszuweiten droht, dauert an. In Saarbrücken haben sich die Schmiedegesellen angeschlossen. Die streikenden Malergesellen sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Sozialistisches Werden.

Von Dr. Konrad Schmidt.

Die hier mitgeteilten Ausführungen wollen eine Ermunterung sein. Edmund Richers bei Zeit u. No. in Leipzig erschienenen Buch „Das sozialistische Werden“ zu beachten.

I.

In der Geschichte des Sozialismus bildet die Geschichte der Vorstellung vom Werden des Sozialismus eines der interessantesten, den jeweiligen Reife- und Entwicklungsgrad der realen sozialistischen Bewegung bedeutsam widerspiegelnden Momente. In jenen ersten Studien, da der Sozialismus noch ohne nähere Beziehung zu den Tendenzen des unmittelbar aus der Ökonomie höher entwickelten proletarischen Kampfes zunächst nur erst als rein ideeller Protest gegen die Unmenschlichkeit der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft existierte, die Kraft und Gesundheit der Menschheit zerrütten, fand er die Formen seiner Ausdeutung in der von der bürgerlichen Aufklärungsphilosophie ausgebildeten „naturrechtlichen“ Denkart vor; und dieser Art abstrakter unethischer Begründung entsprachen dann notwendig auch die Ideen, die man sich vom Wachstum und Werden jenes anwachsenden Gesellschaftszustandes machte.

Der historische, planlos unter dem Trude von Gewaltverhältnissen und unabwehrbaren Zufälligkeiten gewordenen Reifevorgang ist die Aufklärung — diese geistige Parallelentwicklung zum realen Aufstieg der neuen bürgerlichen Welt — in ihrem Kampfe wider das Erbe des mittelalterlichen Feudalismus und die Gewalten des fürstlichen Absolutismus den großen Gedanken entgegenstellend: daß unabhängig von aller äußeren Tradition und Abhängigkeit die allgemeine menschliche Natur den höchsten Maßstab bilde, nach dem das gesellschaftliche Zusammenleben vernünftigerweise geregelt werden müsse. Als Wesen, die überhaupt nicht isoliert leben, und ihre Anlagen entwickeln können, bedürfen die Menschen naturgemäß des Zusammenhanges in sozialen Verbänden. Jedes Zusammengehören, in welchem sie, um sich vor wechselseitigen Übergriffen und Vergehrung zu schützen, ein zentrales Machtzentrum, den Staat, hätten schaffen müssen, das im Auftrag der Gesellschaft und im kollektiven Interesse aller für das Verhalten der bindende Gesetze stellt und mit Zwangsmacht deren Befolgung durchsetzt. Mit dieser Vorstellung verband sich jener von den Historikern später oft so abfällig und selbstgefällig widerlegte Gedanke eines ursprünglichen und ersten „Staatsvertrages“, durch den die einzelnen, auf ihre frühere Willkürfreiheit verzichtend, jene ihnen übergeordnete, im wohlüberlegten Interesse aller verantwortlichen Staatsgewalt als Mandatar des gesellschaftlichen Gesamtwillens einsetzten hätten. Eine Konstitution, die geistlich keine Sühnen bot, deren wesentliche Bedeutung aber durch den Nachweis dieser ihrer geschichtlichen Sinnhaftigkeit in keiner Weise vermindert wird. Denn jene naturrechtliche Denkart will ja in ihrem Kern gar nicht historische Erscheinungen erklären, sondern eine Norm aufstellen, nach welcher geschichtlich Entstandenes auf seinen Wert beurteilt werden soll, gewisse Richtungsziele weisen, die als vernünftig und gerecht in dem geschichtlichen Fortgang anzutreffen sind. Wie immer auch der Staat entstanden sein mag auf dem

Wege der Gewalt, er und die von ihm geschaffene Rechtsordnung sollte — das ist der eigentliche Kern jener naturrechtlichen Denkart — so geregelt sein, daß alle Gesellschaftsmitglieder den Gesetzen nicht bloß unterworfen, sondern auch durch sie geschützt, sondern sich bei vernünftiger Überlegung zur Befolgung derselben als Ausdruck ihres eigenen gesellschaftlichen Gesamtwillens verpflichten und verbunden fühlen. Das gab der Forderung bürgerlicher Freiheitsrechte den weitgedehnten philosophisch gefaßten Gedankenhintergrund.

So suchte der beispiellose bahnbrechende Philosoph der Aufklärungsschule Johann Locke, der nach einem Wort von Marx in allen Fragen den „bürgerlichen Verstand“ repräsentierte, nach der Revolution von 1688, die Wilhelm den Oranier auf den englischen Thron brachte, die konstitutionelle Regierungsform mit ihrer Teilung der Gewalten gegenüber den Doktrinen des fürstlichen Absolutismus als Folgerung aus dem Grundgedanken des Naturrechts hergeleitet. Nur indem die „Gesellschaft“ (Locke meint damit die herrschenden Gesellschaftsklassen) durch ihr gewähltes Parlament die Gesetzgebung bestimmt, sei eine Garantie dafür gegeben, daß nicht an Stelle des allgemeinen Interesses die Willkür des einzelnen herrsche, dem bloßer Zufall der Geburt das Recht in die Hand gelegt hat. Und ähnlich wird die bürgerliche Freiheit (Freiheit der wirtschaftlichen Erwerbshandlung wie Glaubens- und Gedankenfreiheit) in der Verfassung der Vereinigten Staaten und später in der französischen Revolution als eine Reihe von „Menschenrechten“ in naturrechtlichem Sinne proklamiert. Rousseau's berühmte Schritt über den „Gesellschaftsvertrag“ vom Jahre 1761, die dann in der großen Revolution eine so einflußreiche Rolle spielte, steht mit ihrer Forderung einer radikal-politischen Demokratie, in der das souveräne Volk unmittelbar selber, nicht durch gewählte Parlamente, die Gesetze beschließt, nur gewisse äußerliche, im allgemeinen Prinzip jener naturrechtlichen Richtung bereits angelegte Konsequenzen. Aber seine Schrift enthält zugleich, und zwar bei der Schärfe ihrer begrifflichen Präzision nur um so deutlicher, die Schranken dieser Denkart, den Zug zum Utilitarismus, der ihr eigentümlich ist. Indem diese Denkmethode mit dem Allgemeinbegriff des Menschen operiert, scheidet sie unvermeidlich an Stelle der wirklichen Menschen und der Klassen in den gegebenen großen Staatswesen abstrakt-willkürlich konstruierte Schemen ein. So unterliegt Rousseau bei der Ausmalung seines demokratischen Staatsideals keine agrarischen Gemeinwesen, in denen annähernde Gleichheit häuslichen Besitzes herrscht, in denen also jene Klassenverhältnisse und Gegensätze, die der historisch gewordenen Gesellschaft und damit auch der Forderung einer Demokratisierung dieser erst das entscheidende Gepräge geben, noch gar nicht existieren.

Und in dem Stile einer solchen naturrechtlichen Denkart und Begründung traten grobentworfene auch die ersten sozialistischen Systeme auf. J. B. des Franzosen Morelly's, einige Jahre vor dem Gesellschaftsvertrag erscheinend, den Titel eines „code de la nature“, eines „Gesetzbuchs der Natur“ führende Schrift, die aus dem Glanz, welches Hobbes und Anhängerschaften privaten Reichtums über die Menschheit geschaut, die Naturwidrigkeit aller auf privaten Eigentumserwerb gegründeten Gesellschaftsordnung und die Notwendigkeit des Kommunismus als des einzig möglichen Weges zum Glück aller folgert. Ähnlich gehen auch Owen und Fourier an die Probleme der sozialen Ethik heran. Ergriffen

von dem Gefühl des ungeheuren Widerspruchs der gegebenen ökonomischen Verhältnisse zu einer idealen Ordnung, die Garantie für das Wohl aller schaffen müßte, suchten sie, abseits von dem großen Strom treibender sozialer Tendenzen, nach Wegen, die zu einer besseren, der menschlichen Natur in rationalerer Weise angepassten wirtschaftlichen Organisation hinzuzuführen glauben, die Grundzüge einer solchen aus dem Kopfe entwerfen zu können. Dabei sie völlig übersehen, daß die kleinen, vorwiegend agrarischen Kommunen, die nach ihrer Lehre den Grundstufen dieser besseren Zukunftsgesellschaft bilden sollten, für die Anwendung der neuen großindustriellen technischen Erzeugnisse und die dadurch bedingte Steigerung der Produktivkraft der Arbeit von vornherein gar nicht den nötigen Spielraum lassen und schon aus diesem Grunde verjagen. Das Werden des Sozialismus dachten sie als Rückfall der Propaganda dieser ihrer Lehren, von deren Vortrefflichkeit die Anstellung einzelner Versuche die Welt bald überzeugen werde.

Erst der Marxismus faßt die sozialistische Bewegung als Bewegung auf, der ihre Ziele und Bedingungen unvermeidlich durch die Klassenlage der Arbeiterschaft in der kapitalistischen Gesellschaft und die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen dieser kapitalistischen Gesellschaft selber im allgemeinen vorgezeichnet sind: er will durch bewusste Anknüpfung an die in der ökonomischen Bewegung selbst schon angelegten Umwandlungsstränge und Richtungen zum Ziele einer allen Wohlfahrt und freie Entfaltungsmöglichkeiten ermöglichenden Form der Gesellschaft gelangen. Von diesem Standpunkt aus hat Marx auch immer jede nähere Ausmalung der Organisation des angestrebten Zukunftsstaates (Rezepte für die Gestaltung der Zukunft), wie er es einmal nennt) abgelehnt. Was sein Denken in erster Reihe beschäftigt, ist der Nachweis der Gesetze und Richtungslinien, denen der gegebene ökonomische Prozeß unterworfen ist. Und dieser Standpunkt scheidet notwendig ein, daß sich das Bild vom Werden und Werden des Sozialismus mit dem Fortgang der Bewegung von Stufe zu Stufe ändern kann und muß.

Die Ältere des Gener Altars, von denen das Kaiser-Friedrich-Museum sich trennen mußte, sind ebenso wie die des Löwen Altars in Brüssel eingetroffen und ins Brüsseler Museum gebracht. Sie werden nun mit den übrigen Altarteilen aus Gent, Löwen und den gleichfalls ausgelieferten aus München zusammengestellt und mit anderen Teilen der großen Altarteile in Brüssel zu einer Ausstellung vereinigt werden, die ein Ereignis in der Kunstwelt zu werden verspricht. Dann sollen die Altäre wieder ihre ursprünglichen Plätze in der Gener St. Vava-Kathedrale und in der Löwen Peterskirche einnehmen.

Zommerbühne. Im Berliner Theater gelangt am Sonnabend die Operette „Der letzte Kaiser“ zum 150. Male mit Hilfe Bömer zur Aufführung. — Das Neue Volkstheater führt am 10. Juli den Schwan „Die 3 Willinge“ zum 25. Male auf.

Verichtigung. In der letzten Zeile des in unserer vorigen Nummer erschienenen Artikels über Helldorfs Schrift „Die Leertage die Frank Noedels“ muß es statt „Schwacht“ heißen „Schmidt“.

Tropensternwart. Am 12. Juli, 7 Uhr, spricht Dr. Argenhold wieder über: „Das Günterische Relativitätsprinzip und seine astronomischen Bemerkungen“. Am 17. Juli, 5 Uhr, „Aus Großhändlerkreisen in den Schwarzwald“.

Der D. S. V. auf dem Kriegspfad.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband predigt Sabotage!

Gleich nach den Märzwochen wurde verschiedentlich darauf verwiesen, daß die Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in engster Freundschaft mit den Führern des Kampfbundes verbunden waren. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß der Beamte des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Herr Thiel, der übrigens gleichzeitig zweiter Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften ist, am 18. März bei der Kapp-Regierung war, um ihr keine Aufwartung zu machen. Für Berlin ist das Publikationsorgan des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes die „Deutsche Zeitung“, daselbst, in dessen Spalten ein Herr Zimmermann sich bitter darüber beklagte, daß Herr Kapp und seine Trabanten gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht energisch genug vorgegangen seien, und zwischen den Reihen allerlei Anweisungen gibt, wie es bei einem neuen reaktionären Militärputsch gemacht werden muß. Dieser Plan scheint jetzt fertig zu sein, und die sogenannten nationalen Organisationen rufen zum Kampf. Der Zentralverband der Angestellten gelangte in den Besitz eines Rundschreibens vom Juni d. J., das der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband an seine Vertrauensleute versandte. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

Wir haben streng vertrauliche Richtlinien ausgearbeitet, welche unserer Kollegenchaft in klar umrissenen Zügen das Verhalten während des Streiks und nach dem Generalstreik vorschreiben.

Die Richtlinien für einen eventuellen Generalstreik haben vorläufig nur unsere vertrautesten Kollegen in der Bewegung erhalten.

Unseren Betriebsvertrauensleuten werden diese Richtlinien, falls ein Generalstreik aus parteipolitischen Gründen proklamiert werden sollte, sofort am ersten Tage, an dem der Generalstreik in Wirksamkeit getreten ist, bekanntgegeben.

Zu diesem Zwecke versammeln sich alle unsere Betriebsvertrauensleute aller Gliederungen und aller Fachgruppen am ersten Generalstreiktag pünktlich nachmittags 3 Uhr im Restaurant zum Schultze, Neue Jakobstr. 24/25 (Berlin C).

Dasselbe gilt vorläufig für den zweiten Tag des eventuellen Generalstreiks.

Im weiteren Verlauf werden diesbezügliche Zusammenkünfte jeweils gelegentlich der letzten Zusammenkunft bestimmt werden. Was zur Ausgabe unserer offiziellen Vorole am ersten Tage des eventuellen Generalstreiks im Schultze bitten wir Sie, sich grundsätzlich jeglicher Stellungnahme unserer Organisation zu den übrigen Organisationen in Ihrem Betriebe zu enthalten, da wir den größten Wert darauf legen, daß der ganze Abwehrkampf gegen einen eventuellen Generalstreik auf breiterer Grundlage nach einem bestimmten, organisatorisch und politisch bis ins kleinste durchgearbeiteten System einheitlich geführt wird.

Wir sind für alle Fälle gerüstet. Zur systematischen Durchführung unseres Abwehrkampfes bedarf es nur Ihres pünktlichen Erscheinens an den oben erwähnten Versammlungen. Eine besondere Einladung ergibt also nicht. Die Tatsache des wirksam gewordenen Generalstreiks ist für Sie ohne weiteres der Ruf Ihrer Organisation, dem Sie bitte im Interesse unserer ganzen Standesbewegung unbedingt folgen wollen.

Deutschen Gruß! Landesgeschäftsstelle Berlin 424, Walf.

Und wie lauten nun diese Richtlinien? Sie erscheinen uns so wichtig, daß wir sie im Wortlaut folgen lassen:

D. S. V. Gau Brandenburg, Berlin, Mai 1920. Streng vertraulich! Betrifft Generalstreik!

Soweit uns Nachrichten vorliegen, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß je nach dem Ausfall der Wahlen die sozialdemokratischen Richtungen oder die freien Gewerkschaften politische Situationen schaffen, die im Gegensatz zu der jetzt von ihnen soviel geliebten Verfassungstreu stehen. Uns sind aus den Gaugebieten Mitteilungen zugegangen, die befrachten lassen, daß bei einem ungünstigen Wahlausfall für die linksradikalen Richtungen der sog. Generalstreik ausgerufen werden soll.

Gleichviel wie die Wahlen ausfallen, wir machen diesen neuen politischen Wahnsinn nicht mit.

Wir haben andererseits aber gesehen, daß unter dem Druck eines gemeinen Terrors man unsere Mitglieder gezwungen hat die Arbeit niederzuliegen.

Die Arbeitgeberchaft hat in mehr als trauriger Haltung die aus Ueberzeugung Arbeitswilligen nicht nur nicht zu schätzen versucht, sondern hat in theaterhaft aufgemachten Arbeitergerichten über unsere Kollegen zu Gericht sitzen lassen. Sie hat nicht einmal den Mut aufgebracht, zuzugestehen, daß Maßnahmen über das zwischen der Arbeitgeberchaft und den Angestellten bestehende Vertragsverhältnis nur von den Vertragsparteien getroffen werden können, und daß über Entlassungen von Angestellten und sonstiges weder Arbeiter noch die Afa zu bestimmen haben.

Wir haben zum Ueberflus auch noch die Wahrnehmung machen können, daß für solche Generalstreiktheater die Streikenden belohnt werden sind.

Wir haben bei kommenden gleichen Gelegenheiten gar keine Veranlassung, auf irgendeine Seite Rücksicht zu nehmen.

Für uns kommt einzig und allein in Frage, daß wir unsere gewerkschaftliche Ueberzeugung von keiner Seite terrorisieren lassen. Alle Mittel sind uns recht, um unsere Anschauungen rücksichtslos durchzusetzen. Wir nehmen keinerlei Rücksicht auf lebenswichtige Betriebe, weil wir in der Abwehr stehen und um unser Bestehen kämpfen.

Wir ordnen daher für unsere Organisation an:

1. Sofort bei Beginn eines solchen Streiks ist dem Arbeitgeber zu sagen, daß wir arbeitswillig sind, daß er uns aber klipp und klar zu sagen hat, in welcher ausreichenden Weise er uns zu schätzen gedenkt. Von Anfang an wird verlangt, daß wir spätere Arbeiter- oder sonstige Gerichte nicht anerkennen und uns diesen auch nicht fügen.

2. Beginnt auch nur der geringste gewalttätige Terror gegen uns, wird sofort in allen Betrieben und Werken die Arbeit vollständig niedergelegt. Es ist strikt verboten, daß irgendein Lohnbureau auch nur einen Federstrich macht. Die Lohnbureaus haben die Unterlagen für die Lohnberechnung so zu sortieren, daß kein Augenstehender, auch nicht Prokuristen oder Direktoren, sich durchsehen. Wir überlassen der Pünktigkeit unserer Kollegenchaft die Art, wie sie diese Belege unübersichtlich machen wird.

3. In Industriebezirken oder Revieren des Bergbaues, wo die Artikel für Lebensbedürfnisse in Verteilungstellen verausgabt werden, hat die Kollegenchaft gleichfalls sofort vollständig die Arbeit niederzuliegen.

Unterlagen über Lagerorganisation und Bestände verschwinden sofort. Der Betrieb ruht völlig, selbst auf die Gefahr hin, daß die Betriebe gestürzt werden. Am so eher tritt das Bedürfnis nach geordneter Versorgung wieder ein. Im übrigen wird versucht, den Kleinhandel zur Schließung der Geschäfte zu veranlassen. Der nötige Druck kann dahinter geübt werden. Die besonderen Anordnungen darüber bitten wir einzufordern, wo die Verhältnisse das bedingen.

Ebenso ist anzutreiben, daß in solchen Gegenden oder Bezirken, in denen die Kollegenchaft den Einkauf und das Anrollen der Lebensmittel unter sich hat, Dispositionen getroffen werden, daß selbst wenn die Bahn nicht streikt, kein Wagon Lebensmittel in den Bezirk rollt, ehe nicht die Sachlage nach unseren Wünschen geklärt ist. Wenn man nicht selber mit dem Personal der Vieherungsbüroen in Verbindung steht, ist Verbindung durch unsere Geschäftsstellen aufzunehmen. Die Maßnahmen sind bereits durchzuführen, wenn der Terror beginnt.

Die ganze Lebensmittelversorgung steht also still.

4. Expeditionen: Es besteht sich am Rande, daß Wagenbestellungen oder sonstige Arbeiten in der Expedition, selbst fertig versandte Sendungen liegen bleiben.

Die „Sortierung“ der vorhandenen Unterlagen ist gleichfalls vorzunehmen, wie in den Lohnbureaus. Augenstehende dürfen sich in nichts zurechtfinden.

5. Kassengeschäfte: Wir geben über die Handhabung dieses Teils unserer Tätigkeit noch besondere Richtlinien heraus.

6. Lehrlinge müssen gleichfalls aus den Betrieben.

7. In jedem Bezirk — Ortsgruppen — mehrere Ortsgruppen zusammen — jedem Revier bilden sich sofort Leitungsausschüsse, die unter Berücksichtigung der Verhältnisse die Organisation durchführen.

8. Wiederaufnahme der Arbeit:

Das ist die Hauptsache! Wir lassen uns weder von der Arbeiterchaft, noch von der Afa, noch von den Arbeitgebern zur Wiederaufnahme der Arbeit kommandieren. Erst dann arbeiten wir, wenn durch Verhandlungen klipp und klar festgestellt und niedergelegt ist, daß wir unsere gewerkschaftliche Anschauung für alle Zukunft ungehindert vertreten können und daß wir nur zur Arbeitsniederlegung schreiten, wenn wir selber das beschließen.

Garantien, daß wir ungehindert und reiflos wieder in die Betriebe können, sind zu verlangen. Arbeiter- oder sonstige Gerichte über uns lehnen wir grundsätzlich ab.

Diese allgemeinen Bestimmungen werden durch ausführliche Ausführungsbestimmungen ergänzt werden.

Für Großstädte werden besondere Bestimmungen getroffen. Für Gegenden, in denen wir nicht die Mehrheit haben, gleichfalls. Ebenso werden wir die Haltung zu anderen Verbänden noch erläutern.

Diese Richtlinien sind im Kreise vertrauter Obleute zu besprechen und die Organisation schnellstens durchzuführen. Vorbereitende Arbeiten in den Betrieben, mit Bezug auf die Ziffern 1, 2, 3, 4, 5 und 8 sind zu erledigen.

Anfragen an die Gauleitung unter dem Stichwort „Generalstreik“ erbeten.

Deutschen Gruß! Der Gauvorstand.

Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft der freigewerkschaftlichen Organisationen gegenüber Angehörigen anderer Gewerkschaftsrichtungen weitestgehende Duldsamkeit zu üben haben. Andererseits muß aber auch verlangt werden, daß gegnerische Organisationen ihre eigenen Bestrebungen respektieren.

Was hier der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband unternimmt, ist eine brisante Herausforderung der modernen Arbeiterklasse. Dieselben nationalen Velden, die nicht genug heulmeiern können, wenn Arbeiter lebenswichtige Betriebe stilllegen oder sich gar zu Sabotageakten hinreißt lassen, fordern hier ganz deutlich zur Stilllegung lebenswichtiger Betriebe und zu Sabotageakten auf. Man sieht, wenn es gegen die Arbeiter geht, ist den Herren jedes Mittel recht. Ist es unter solchen Umständen zu verwundern, wenn die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten mit solchen Leuten nicht zusammen arbeiten wollen?

Groß-Berlin

Der heiße Weg.

Verbreitet Flugblätter am Sonnabend!

Die Hitze brüht über Berlin. Der Asphalt glüht und scheint unter den Tritten weich nachzugeben. Wer einige Stunden freie Zeit übrig hat, sieht zu, daß er diesem brodelnden Kessel so schnell wie möglich entflieht, um sich im Wannensee und Rügeln abzukühlen.

Nein, die Straßenpromenade gehört augenblicklich nicht zu einer besonderen Vergnüglichkeit Berlins. Und gerade in dieser Zeit fordert der Bezirksvorstand zu einer Flugblattverteilung auf. Es ist ein besäuerliches Ansehen, das da an die Genossen gestellt wird.

Aber die Politik und das Geschick Deutschlands steht Feuer, weniger wie je, auch nur einen Augenblick still. Die Sozialdemokratie muß bei 30 Grad über Null genau 30 auf dem Pöbel sein und aufwühlend wirken, wie bei 30 Grad unter Null. Sie darf keine Ermüdung zeigen, auch wenn — es soll nicht „verrufen“ werden — die Temperatur in Berlin amerikanische Maßstäbe erreicht.

Darum und weil es nicht anders sein kann, weil keine Ruhepause im Werden des neuen Deutschland eintreten darf, macht Euch am Sonnabend nachmittag auf den „heißen“

Weg der Flugblattverteilung.

Ein kühlendes Lüftchen möge Euch der Himmel schicken.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamjun.

Dann eilten sie davon und arbeiteten in den Bergen mit vielen Leuten den ganzen Sommer über, es war ein großer Betrieb. Inger hatte einen ausgebreiteten Handel mit Milch und Käse, und sie fand es recht unterhaltend, Handel zu treiben und viele Menschen kommen und gehen zu sehen. Inger schritt mit seinem dröhnenden Gang weit aus und bestellte sein Land, er ließ sich durch nichts stören. Die zwei Maurer und Siveri bauten den Stall. Es wurde ein großer Bau; aber es dauerte lange, bis er aufgerichtet war, es waren zu wenig Mann bei der Arbeit, und Siveri war außerdem oft nicht dabei, weil er bei der Feldarbeit helfen mußte. Jetzt war es gut, daß sie eine Mähmaschine hatten und drei flinke Frauensimmer beim Heuwenden.

Alles war gut geworden, das Dedland war zum Leben erwacht, Geld blühte allenthalben.

Seht doch nur den Handelsplatz Storborg, war das nicht ein Geschäft im großen Stil? Dieser Kronen mußte doch ein verfluchter Kerl sein, er mußte ein Vögelein haben singen hören von der bevorstehenden Grubenarbeit und war sofort heraufgezogen mit seinem Kramladen; er handelte, ob, er handelte wie eine Regierung, ja wie ein König. Zu allererst verkaufte er allerlei Haushaltungsgegenstände und Arbeiteranzüge; aber die Grubenarbeiter, die Geld haben, sind nicht so sparsam damit, daß sie alle nur das Notwendigste kaufen, nein, sie kaufen alles. Besonders an den Sonntagabenden wimmelte es auf dem Handelsplatz Storborg von Käufern, und Kronen strich Geld ein; er hatte seinen Bedienten und seine Frau zur Hilfe hinter dem Ladentisch und verkaufte selbst, was er vermochte, aber es wurde nicht leer in seinem Laden bis tief in die Nacht hinein. Und es zeigte sich, daß die Pferdebesitzer im Dorfe recht behielten, es gab ein gewaltiges Geschäft mit Waren hinauf nach Storborg, die Straße mußte an verschiedenen Stellen verlegt und ordentlich instand gesetzt werden, jetzt war es etwas ganz anderes als Inger's schmaler Fußweg durchs Dedland. Kronen wurde der reine Wohlthäter für die Gegend mit seinem Handel und seiner Straße. Er hieß übrigens nicht Kronen, das war nur sein Pseudonym, er hieß Kronen, so nannte er sich wenigstens selbst, und so hieß ihn auch seine Frau. Die Familie tat recht großzügig und hielt zwei Dienstmädchen und einen Knecht.

Der Grund und Boden auf Storborg blieb vorläufig unbebaut liegen, es blieb keine Zeit für Landwirtschaft übrig, wer hätte auch im Moor Gräben ziehen wollen! Dafür hatte Kronen einen Garten mit einem Battenzoun und Johannisbeersträuchern und Ästern und Ebereschen und anderen gepflanzten Bäumen, einen feinen Garten. Es war ein breiter Gang darin, auf dem Kronen an den Sonntagen auf und ab geht und eine lange Pfeife rauchen konnte. An der Hinterseite des Hauses war die Veranda des Hauses mit roten und gelben und blauen Scheiben. Storborg! Drei kleine hübsche Kinder liefen herum; das Mädchen sollte lernen, Hausdokter eines Kaufmanns zu sein, die Söhne sollten selbst die Handelschaft erlernen; o, drei Kinder mit einer Zukunft vor sich!

Hätte Kronen nicht an die Zukunft gedacht, so wäre er überhaupt nicht hierher gekommen. Er hätte bei seiner Fischerei bleiben, und wenn er Glück hatte, auch dabei viel Geld verdienen können, aber das war nicht so vornehm wie ein Handelsgeschäft, es brachte nicht soviel Hochachtung ein, die Hühler flogen da nicht vor einem von den Köpfen. Kronen hatte seither geradert, in der Zukunft wollte er segeln. Er hatte eine Redensart: hom konstant. Seine Kinder sollten es mehr „hom konstant“ haben, als er es gehabt hatte, sagte er, damit meinte er, sie sollten weniger hart arbeiten müssen.

Und siehe da, die Sache ließ sich gut an, er und seine Frau, ja sogar seine Kinder wurden höflich begrüßt. Man durfte es nicht gering anschlagen, daß sogar die Kinder begrüßt wurden. Die Grubenarbeiter kamen vom Berg herunter und hatten seit langer Zeit keine Kinder mehr gesehen. Kronen's Kinder liefen ihnen bis vor den Hof entgegen, und die Arbeiter redeten gleich so freundlich mit ihnen, als hätten sie drei Wubelhunde vor sich. Sie hätten den Kindern gerne Geld geschenkt, weil es aber die Kinder des Kaufmanns waren, wollten sie ihnen statt dessen auf der Mundharmonika vor. Gustaf kam, der junge Wildfang mit dem Hut auf einem Öhre und dem munteren Geplauder, ja er kam herbei und schäuferte eine gute Weile mit den Kindern. Die Kinder konnten ihn gleich, wenn er ankam, und liefen ihm entgegen, er lud sie sich alle drei auf den Rücken und tanzte mit ihnen herum. „Hol!“ sagte Gustaf und tanzte. Dann nahm er seine Mundharmonika und blies Lieder und Weisen, so schön, daß die beiden Dienstmädchen herauskamen und Gustaf's Spiel mit nassen Augen zuhörten. Gustaf wußte, was er tat, der ausgelassene Kerl!

Nach einer Weile ging er in den Laden und Kimperte

mit seinem Geld und füllte seinen ganzen Kramladen mit den verschiedensten Sachen, und als er dann wieder heim in die Berge ging, hatte er einen ganzen kleinen Kramladen bei sich, den er auf Sellanraa auspackte und vorwies. Er hatte Briefpapier mit Blumen darauf und eine neue Pfeife und ein neues Hemd und ein Halsstuch mit Franken dran; er hatte glänzende Sachen, eine Uhrkette mit einem Kompaß daran, ein Federmesser; ja, er hatte eine Menge Sachen, unter anderem auch Kaffee, die er sich für den Sonntag gekauft hatte, um sich und andere damit zu unterhalten. Inger setzte ihm Milch zu trinken vor, und er ipakte mit Beapoldine und hob die kleine Rebekka hoch in die Luft. — „Ra, steht der Stall bald?“ fragte er seine Landsleute, die Maurer, und war auch mit diesen gut Freund. — Nein, sie hätten nicht Hilfe genug, sagten die Maurer. — Dann wolle er ihnen helfen, sagte Gustaf zum Spaß. — Das wäre sehr gut, meinte Inger, denn der Stall sollte bis Herbst fertig sein, wenn das Vieh hereingetan werden müsse.

Nun ließ Gustaf eine Kaffee steigen, und nachdem er einmal eine abgedronnt hatte, konnte er auch gleich alle sechs steigen lassen, und die Weiberleute und die Kinder hielten den Atem an vor lauter Bertwunderung über dieses Herrenwerk und den Herrenmeister, der es gemacht hatte; Inger hatte noch niemals eine Kaffee gesehen, aber dieser sonderbare Vitz erinnerte sie an die große Welt. Was wollte jetzt eine Mähmaschine bedeuten! Und als Gustaf schließlich auch noch die Mundharmonika spielte wäre ihm Inger am liebsten nachgezogen vor lauter Rührung.

Die Grubenarbeit geht ihren Gang, und das Erz wird mit Werten an die See heruntergefahren; ein Dampfschiff ist schon damit beladen worden und nach Südamerika abgedampft, und dafür ist ein neues angekommen. Großer Betrieb. Jedermann, der überhaupt gehen kann, ist in den Bergen gewesen und hat sich die Wunder angesehen, auch Brude Olsen ist mit seinen Gesteinsproben dort gewesen, ist jedoch abgewiesen worden, weil der Sachverständige wieder nach Schweden abgereist war. An den Sonntagen war große Völkervermischung aus dem Dorfe, ja sogar Axel Ström, der keine Zeit zu verlieren hat, ist die paar Male, wo er die Linie nachsah, an der Grube vorbeigegangen. Jetzt gibt es bald niemand mehr, der die Wunder nicht gesehen hat. Da sieht wahrhaftig sogar Inger Sellanraa ihre schönen Kleider an, steckt den goldenen Ring an den Finger und geht in die Berge. (Fortf. folgt.)

Milch für die Städte.

Das Landwirtschaftsministerium schreibt uns: Die in letzter Zeit an Schärfe zunehmenden Angriffe gegen die Städte mit Milch versorgenden Landwirte lassen in vielen Fällen, von einigen nicht unberechtigten Kritiken abgesehen, die rechte Einsicht in die zurzeit bestehenden Schwierigkeiten der Milchversorgung vermissen. Bei Beurteilung der Sachlage dürfen folgende Tatsachen nicht unbeachtet bleiben: Die sich aus der Erfüllung des Friedensvertrages ergebende Viehablieferung an den Fernbund zwingt uns, gerade die besten und leistungsfähigsten Milchtiere, die im jetzigen hochtragenden oder frischmilchenden Zustande die Milchversorgung für die nächsten Monate sicherzustellen können, abzuliefern. So mußte einzelnen Vieherzeugern, zum Teil sogar im dichtbevölkerten Industriebezirk, ein Abgabepflicht von 300 und mehr Milchtieren auferlegt werden. Schätzungsweise wird hierdurch der verbrauchsberechtigten Bevölkerung eines Kreises eine wöchentliche Milchmenge von rund 20 000 Liter entzogen. Dazu kommt ein zweites. In weiten Teilen des Reiches, zumal im Westen und Süden, herrscht zurzeit die Maul- und Klauenseuche in einer besonders schweren Form und fordert zahlreiche Opfer. Die von der Seuche befallenen Milchtiere gehen, sofern sie ihr nicht gar erliegen, in ihren Milchsträngen ganz bedeutend zurück. In vielen Fällen versiegt die Milch vollkommen. Neben dem Mangel an Kraftfutter kommt die zum Teil ungenügende Pflege und Wartung der Tiere hinzu. Gegenwärtig bei der Milchablieferung wird von den zuständigen Stellen mit allen Mitteln vorgegangen und alles getan, um zum mindesten die Versorgung der Kranken und Säuglinge in den Städten mit Vollmilch einigermaßen sicherzustellen.

Wir erkennen die Schwierigkeiten voll an, unter denen auch die Landwirtschaft heute zu kämpfen hat. Aber in ihrem Interesse sollten sich die Landwirte gegen die schamlosen Knüttel der Volkswirtschaft in ihren eigenen Reihen wenden. Die große Masse wird es nicht verstehen, wenn auf der einen Seite von Milchnot gesprochen wird, auf der anderen Seite Milch zu Wucherpreisen von Begeherten des Berliner Westens in jeder Menge entnommen wird.

Bevorstehende Elektrizitätseinschränkungen?

Der Betriebsrat der Städtischen Elektrizitätswerke hält es, wie er uns schreibt, für seine Pflicht, über die bevorstehenden Stromeinschränkungen in Berlin, die zweifellos auch einen Teil der weitläufigen Bevölkerung betreffen werden, folgende Aufklärung zu geben.

Die Grabenarbeiter des Braunkohlenwerkes Golpa, das das Elektrowerk Jähnitz mit Kohlen versorgt, stehen zurzeit im Lohnkampf und haben die Arbeit niedergelegt. Dadurch wird das Elektrizitätswerk Jähnitz gezwungen, die Belieferung Berlins mit Fernstrom einzustellen. Den Städtischen Elektrizitätswerken Berlins ist es infolge der geringen Kohlenvorräte und deren außerordentlich schlechter Beschaffenheit auch bei Ausnutzung aller Betriebsrichtungen nicht möglich, die Stromversorgung Berlins durch eigene Erzeugung sicherzustellen. Wenn es nicht im letzten Augenblick zur Einigung zwischen dem Arbeitgeberverband des Mitteldeutschen Braunkohlenreviers und den beteiligten Gewerkschaften kommt, ist damit zu rechnen, daß weitere Verbrauchsbeschränkungen und eventuell sogar vollständige Stilllegung der Berliner Industrie die Folge sein werden.

Vorsicht, Hausfrauen!

Von der Konsumgenossenschaft wird uns mitgeteilt: Seit einiger Zeit wird beobachtet, daß aus jenen Kreisen, welche sich bei den letzten Wahlen ganz besonders unbedingten bemerkbar gemacht haben, junge Leute tätig sind, um ganz besonders unsere Frauen für eine Bewegung zu begeistern, die in ihrer Entwicklung den Interessen der arbeitenden Bevölkerung im Hinblick gegenüber steht. In welcher gewissermaßen die Verantwortlichen der Herrschaften vorgehen, zeigt die Meldung aus dem Südwesten Berlins. Kommt da ein junger Mann und labet alle Frauen eines Hauses zu einer sofort stattfindenden sehr wichtigen Besprechung in einer im Hause befindlichen Gastwirtschaft ein. Hier läßt er für die Erscheinenden eine kleine Erfrischung kommen, legt sich ans Klavier und spielt einige lustige Weisen zur Einleitung. Dann folgt eine geschickte Rede über Lebensmittelpreise, Schieberzettel, Schleichhandel, schlechte Belieferung in Zucker usw., die in Aussicht stehende Kürzung der Rationierung muß ganz besonders herhalten und dann die Aufforderung, sich dem Schutzverband deutscher Konsumenten anzuschließen, welcher dem Reichsverband zum Schutze deutscher Konsumenten angegliedert ist. Diese Vereingung soll allein imstande sein, endlich einmal durchgreifenden Wandel zu schaffen. Alle Nahrungsmittel werden dann billiger, und die herrlichen Zeiten unter Wilhelm sind wieder da, wo auch „der ärmste Mann sein Huhn im Topfe“ hatte. Es fehlt nur noch, daß der junge Mann einen Musterloffer aufmacht und Zucker pfundweise für 25 Pfennige verkauft. Jeder bringt er zwar nicht zum Vorschein, dafür aber Beitrittserklärungen. Für 2 M. Einfuhrgebühren und 1 M. für den ersten Monatsbeitrag erhält jede Frau das Recht auf die verprochenen billigen Lebensmittel.

Leider gelingt es dem jungen Mann, recht viele von den Frauen für sich einzulangen. Sollen doch in einer solchen gemütlichen Sitzung von 82 Frauen gleich 27 dem Verein beigetreten sein und vor allen Dingen gleich die geforderten 3 M. bezahlt haben. Zum Dorn im Auge der lähne Sänger noch einmal die Drahtstommode und empfiehlt sich mit den besten Wünschen auf baldiges Wiedersehen.

Gleiche Vorgänge werden uns aus den südöstlichen Vororten gemeldet. In Briz ist es allerdings einem dieser Herren recht schlecht ergangen. Hier fiel er dem Genossen Krüger in die Hände, der dem lauberen Herrn in so gründlicher Weise gegenüber trat, daß er für Briz wohl immer erlebte ist. Heberall ist aber kein Genosse oder Genossin zu hand, um einem solchen Helden ohne gleich an Ort und Stelle die ihm allein gebührende Antwort zu geben, die Frauen aufzuklären und sie vor solchen Elementen zu warnen. Darum, Genossinnen und Genossen, habt acht auf diese Leute und laßt keine Gelegenheit vorübergehen, während zu wirken, daß es diese Leute nur auf Arbeitergroßen abgesehen haben, um sich ein bequemeres Leben zu schaffen. Sagt allen, wo sie als Konsumenten ihre Bedürfnisse decken können, und wenn sie es noch nicht vergessen haben, wie sie in den glorreichen Kriegsjahren von den Händen behandelt worden sind, dann werden sie einsehen, daß nur ihre eigene Organisation, das ist die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, für sie in Frage kommen kann. Hier ist allein der Ort, praktisch mitzuarbeiten am großen Werke der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus.

Eine Viertelmillion bei der Fahrkartenausgabe unterschlagen.

Seit etwa Jahresfrist war bei der Fahrkartenausgabe des Anhalter Bahnhofes ein Dienstfänger Kurt Anders, der bei seinen Eltern in der Möllingstraße 1 in Schöneberg wohnt, beschäftigt, der seinen Dienst auch anscheinend zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten versah. Er meldete sich am 30. v. M. krank und blieb seitdem der Dienststelle fern. Vor einigen Tagen stellte es sich nun durch eine Klage heraus, daß er am Tage vor seiner Krankmeldung seine Tageskasse nicht abgeliefert hatte, in der sich durchschnittlich etwa ein Bestand von 106 000 Mark befinden mußte. Sofort eingeleitete Ermittlungen ergaben, daß sich der angeklagte Kranke gar nicht bei seinen Eltern aufhielt und dort auch seit 14 Tagen

nicht gewesen ist. Nach weiteren Ermittlungen hat Anders in den ersten Tagen seiner „Krankheit“ sich in Berlin aufgehalten, wo er in verschiedenen Vergnügungsorten in leichter Gesellschaft gesehen worden ist. Eine sofort angeordnete außerordentliche Prüfung der Fahrkartenscheine und der Durchführung des A. hat ergeben, daß er außer der letzten Tagesentnahme auch durch Fälschungen der Durchführung sowie durch andere geschickte Betrügereien im Laufe der letzten Monate mehr als 154 000 Mark veruntreut hat, so daß die veruntreute Summe, die genau noch nicht feststeht, weit über 200 000 Mark beträgt. Die Eltern des erst neunzehnjährigen Täters, der aus alter Beamtenfamilie stammt, hatten von dem Treiben ihres Sohnes keine Kenntnis.

Die Eisenbahnverwaltung hat zur Ermittlung des Täters und der Wiederherbeibringung des Geldes eine namhafte Belohnung ausgesetzt. Anders ist etwa 1,80 Meter groß, schlank, trägt Glatze, er hat ein längliches, blaues Gesicht und vorstehenden Unterkiefer; hellbraunes Haar, Anflug von Schnurrbart und graublauen Augen. Zweifelhafte Mittelungen, die zur Ergreifung des Täters oder zur Herbeibringung eines Teils der Beute dienen können, nimmt die Heberwachsungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin, Königgräber Str. 105, Koll. 4542, entgegen.

Warnung vor Wohlfahrtsswindlern.

Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt: In ganz Deutschland sind zurzeit zahlreiche Agenten tätig, die insbesondere in Industriezentren unter den verschiedenartigsten Namen für angebliche Wohlfahrtsschwandzwecke sammeln. Wie festgestellt worden ist, handelt es sich dabei zum großen Teil um selbsttätige oder schwindelhaftige Unternehmungen, deren eigentlicher Charakter häufig schon daraus hervorgeht, daß den Agenten bzw. ihren Hintermännern als Entgelt 10, 50 und sogar 60 Proz. der eingehenden Gelder zuzuführen. Während es der ermittelten privaten Wohlfahrtspflege mehr und mehr erwidert wird, die für die Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel zu erlangen, sind nachgewiesenermaßen der Öffentlichkeit im Laufe der letzten Wochen Millionenbeträge entzogen worden, die in die Tasche solcher selbsttätigen Unternehmer geflossen sind. Die Tatsache, daß die von den Agenten geführten Werbeaufträge die Namen angesehenen Persönlichkeiten tragen, ist leider nicht immer ein Beweis für die Güte des Unternehmens, da derartige Unterschriften häufig gefälscht oder ohne eingehende Prüfung des Unternehmens abgegeben werden. Den angegangenen Kreisen kann in ihrem eigenen Interesse nur empfohlen werden, von den Agenten regelmäßig den Nachweis darüber zu verlangen, daß die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 erforderliche Genehmigung zur Sammlung vorliegt. Wo ein solcher Nachweis nicht erbracht werden kann, wird es sich durchweg empfehlen, die betreffenden Unternehmungen als zweifelhaft und deshalb als nicht unterstützungsbedürftig anzusehen.

Stadtrat Geh. Medizinalrat Dr. Weber, der Stadtmedizinalrat der Stadt Berlin, ist zum Präsidenten des Sächsischen Landesgesundheitsamtes in Dresden ernannt worden. Geheimrat Dr. Weber wurde 1912 zum Stadtmedizinalrat gewählt. Unter seiner Leitung wurde das Medizinalamt der Stadt Berlin geschaffen und das städt. Gesundheitswesen erweitert, ausgebaut und umgestaltet.

Für die Gefangenen in Sibirien.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Das Publikum in Deutschland wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich in Kopenhagen unter dem Namen: „Danische Hilfsaktion für die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Sibirien“ („Danaktion“) ein Komitee gebildet hat mit dem Ziel, Gelder für die Heimkehrförderung Kriegsgefangener aus Sibirien und Rußland, unangesehen ihrer Rationallität, einzusammeln. Beiträge können auf das Konto „Danaktion“ eingezahlt werden bei der Deutschen Bank in Berlin, Bonn, Coblenz, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und München, bei der Dresdner Bank in Gießen und Heidelberg, bei der Disconto-Gesellschaft in Danzig, bei der Bank für Handel und Industrie in Breslau und Danzig, bei der Ostbank für Handel und Gewerbe in Königsberg i. Pr. und bei der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart oder bei der „Den Danske Landmandsbank“ in Kopenhagen.

Die Adresse des Komitees, dem auch unsere Genossin Nina Bang, M. d. R., Kopenhagen, angehört, ist: Danaktion, Paraden, Nikolai Plads, Kopenhagen K.

Entgleisung im Stadtbahnverkehr. Gestern nachmittag entgleiste auf der Strecke zwischen den Bahnhöfen Börse und Friedrichstraße von einem nach Westend bestimmten Stadtbahnzug die Lokomotive mit der Lokomotive infolge Bruchs der Federhaken. Personen wurden nicht verletzt. Der Stadtbahnverkehr war bis 6,30 Uhr nachmittag unterbrochen und wurde während dieser Zeit über die Ferngleise geleitet.

Die Leichen dreier jugendlicher Personen wurden an verschiedenen Stellen aus dem Wasser gezogen. Aus dem Verbindungskanal des Spandauer Schiffshebewerks wurde die Leiche des 14 Jahre alten Schülers Georg Hornung aus dem Brüsseler Straße 8 gefunden, am Halleschen Ufer aus dem Landwehrkanal die eines noch unbekanntes etwa 14 bis 16 Jahre alten jugendlichen Mannes. In Blüthensee hatte sich die 14 Jahre alte Schülerin Hildegard Rau aus der Mittelstraße 2 zu Berlin beim Baden zu weit ins Wasser gewagt und so den Tod gefunden. Die Persönlichkeit des am Halleschen Ufer gelandeten Knaben hat sich bisher noch nicht feststellen lassen. Die Leiche befindet sich im Berliner Schaubau.

Das Bier wird besser. Die Brauereien bestreben, um den außerordentlichen Rückgang im Bierkonsum aufzuhalten und ihn wieder zu beleben, den Stammwurzeln des Bieres zu erhöhen und damit eine erhebliche Verbesserung des jetzigen Bieres herbeizuführen. Entsprechende Verhandlungen zwischen der Berliner Brauindustrie und den Vertretern der Gastwirtschaften sind bereits eingeleitet. Eine gleichzeitige Herabsetzung der Bierausgabepreise ist ebenfalls vorgesehen. Die geplanten Maßnahmen sind allerdings abhängig von der ausreichenden Belieferung der Brauindustrie mit Rohmaterial, die für das neue Wirtschaftsjahr mit 15 Proz. in Aussicht genommen ist. Juteilung in dieser Höhe hat die bayerische Brauindustrie vorzugsweise bereits im laufenden Jahre tatsächlich erhalten, während ihre Forderung für das neue Wirtschaftsjahr 40 Proz. beträgt.

Das Apollotheater hat für seinen Spielplan im heißen Juli monate ein unterhaltendes Programm zusammengestellt. In angenehmster Kühle tanzen dem erhitzen Zuschauer die Kunsttänzer „Kegit“ etwas vor. Sie halten sich lange unter Wasser und haben es in der Fälschung zu ziemlicher Vollkommenheit gebracht. Eine verwegene artistische Leistung vollbringt Willy Maus mit seiner Todesfahrt in der Zentrifugalbahn, während die Prima Ballerina des Deutschen Opernhauses, Mary Zimmerman, sich mit hervorragendem technischen Können in neuen Tanzschöpfungen produziert. Henry de Boy stellt entzückende Präzisions- und plastischen Gruppen zusammen, bei denen das künstlerische besonders infolge der leuchtigen Rot- und Grünbeleuchtung, nicht gerade gut wegkommt. Als tätige artistische Köpfe wären ferner zu erwähnen: Der Modelleur A. Krebela, die Equilibristen 2 Madis, die Exzentriker 2 Lehtons, die Akrobatenfamilie 5 Jumazettis und der Dänische komische Nadelhakt Brifson u. Gaud.

Heber „Christentum und Sozialismus“ spricht Genosse Pastor Brande heute abend um 8 Uhr in einer öffentlichen Versammlung der Konsumgenossenschaft, Dringende Vorträge, in der Aula der Oberrealschule, Ringstr. 2. — Gäste sind herzlich willkommen.

Wilmersdorfer Siedlungspläne.

Unzulängliche Wahllisten. Eine Kulturtät für Sünder.

Die Siedlungspläne zur Behebung der Wohnungsnot haben nach den Beratungen des Finanzausschusses der Stadt Wilmersdorf einige Einschränkungen erfahren, deren wesentliche in der vollständigen Aufgabe des Planes bestand, der die Errichtung von 66 Wohnhäusern zwischen der Ahmannshäuser, Hamburger und Johannisberger Straße vorsah.

Diese Häuser, deren Kosten auf über 100 000 M. veranschlagt waren, wären der minderbemittelten Bevölkerung nicht zugute gekommen, weil die Reflektanten auf diese Baustellen den vermögenden Kreisen angehören, denen bei Annahme des Projektes das Bauen durch einen Zuschuß der Stadt verbilligt würde. Die übrigen Siedlungspläne, nämlich die Vergabe eines Grundstückes an der Detmolder Straße in Erbpacht und eines Erbpachtgrundstückes an der Medlenburgischen Straße zur Errichtung eines Bureauhauses wurden ohne Einwendungen gebilligt, ebenso die Uebernahme der Restitäten der Heimstättenbildung durch die Stadt, die dadurch neben ihren Regierkosten durch die Genossenschaft zur Steuerung der Wohnungsnot zugleich Kostensparbeiten ausführen lassen kann. Zu einer ziemlich scharfen Aussprache kam es bei einem weiteren Siedlungsprojekt an der Panauer Straße, zu dem ein Kostenschuß von rund 1,7 Mill. M. und die Garantie für die hypothekarische Belastung über 60 Prozent gefordert wurden. Unter den 60 Siedlern befinden sich nämlich auch 9 Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat. Dagegen wurde von der Rechten und den Demokraten Sturm gelaufen und in einem formellen Protest zum Ausdruck gebracht, daß die Art der Verteilung der Siedlungsflächen zu beanstanden und die Folgen dem Vorstand der Heimstättenbildung allein zu überlassen seien. Nun liegen die Dinge aber so, daß bei der Vergabe von Siedlungsstellen nicht danach gefragt worden ist, ob die Antragsteller Stadtverordnete sind, sondern einzig und allein, ob sie so bedürftig sind, daß eine Zuteilung erfolgen konnte. Diesen Standpunkt vertrat Genosse Dr. Holz, der auch betonte, daß die betreffenden sozialdemokratischen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder zu den Gründern der Siedlungsgesellschaft gehören und die Rechte dem ganzen Projekte gegenüber ablehnend verhielt. Die Gründung geht schon in das Jahr 1918 zurück. Zu dieser Zeit hat aber noch keiner der sozialdemokratischen Stadtverordneten ein Mandat gehabt. Es ist natürlich leicht, jetzt noch Jahren die Verteilung der Baustellen zu bekritteln. In der Tat aber haben sämtliche Gründer dieser Eigenheimbildung seit Jahren Geld und Zeit angeopfert, um sich ein Eigenheim zu schaffen. Endlich ist es auch nicht die Schuld der jetzt angegriffenen Stadtverordneten, daß sie zu den Volksschichten gehören, die wirklich bedürftig sind und unter der Wohnungsnot leiden müssen. Mit den papierenen Protesten der Rechten und der Demokraten wurde dann die geforderte Zustimmung bewilligt.

Aus den übrigen Vorträgen ist die Errichtung eines Freibades für Sünder am Grunewaldsee, für das 85 000 M. bewilligt wurden, zu erwähnen. Eine scharfe Auseinandersetzung brachte die Magistratsvorlage, die die Kosten für eine Personenstandsaufnahme zur Schaffung einwandfreier Wahllisten forderte. In Wilmersdorf sind diese Listen zu den beiden letzten Wahlen mit einer freudvollen Leichtfertigkeit nach der vollständig unzulänglichen Kartei der Reichsämter zurückgemeldet worden. Obwohl seit Januar Zeit für die beschlossene Personenstandsaufnahme war, hat der Magistrat die Dinge einfach treiben lassen und dadurch Tausende von Wahlberechtigten um ihr Bürgerrecht gebracht. Ob der bürokratische Schlenker jetzt brauchbare Wahllisten zusammendrückt, kann nach den selbstherrlichen Proben, die von den verantwortlichen Stellen bis jetzt bei der Listenentlastung an den Tag gelegt wurden, nicht bezweifelt werden. Ein Antrag, die für den Schlenker verantwortlichen Beamten schuldenspezifisch zu machen, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Parteien abgelehnt. Die Rechte deckte geschlossen die Fehler ihrer treudeutschen Beamten.

Endlich wurde noch gegen die Stimmen der Sozialdemokratie mit der evangelischen Kirchengemeinde ein Grundstückskaufvertrag geschlossen, damit eine neue Kirche in Wilmersdorf gebaut werden kann. Diese „Kulturtät“ — wie ein Redner der Rechten den geplanten Kirchenbau nannte — scheint als solche nur von den sündhaften Kreisen geschätzt zu werden, die ihrem Herrgott unheimlich viele Lügen und Verleumdungen aus der jüngsten Wahlzeit abzubitten haben.

Laubkolonien oder Kleinhäufelungen.

In den letzten Tagen hat der größte Teil der Laubkolonisten jenseits des Kaiser-Friedrich-Bahnhofes vom Magistrat Kenntnis von der Kündigung zum 1. Oktober erhalten. Etwa 200 Kolonisten sollen schätzungsweise davon betroffen sein. Die Gärten sollen geräumt werden. Große Unruhe ist dabei in diese Kreise der Laubkolonisten getragen worden, die auch nicht durch den an und für sich guten Zweck, den der Magistrat dabei im Auge hat, gemindert wird. Es sollen nämlich auf dem Gelände Schwerkrankenbeschäftigte angesiedelt werden. So sehr den Laubkolonisten die Erhaltung ihrer Gärten zu wünschen ist, so schwer ist es, hier einen Ausweg zu finden, da auch die Kriegsbeschäftigten berechnete Ansprüche geltend machen können. Wer hier einen gangbaren Ausweg erfinden kann, wird sich sicher verdient machen.

In den Wochenmarktvorgängen in Potsdam schreibt man uns: Genau wie am vergangenen Sonnabend hat die blaue Polizei im Verein mit der Arbeiterkraft nicht nur für Einhaltung der vorgeschriebenen Preise, sondern auch für Ruhe und Ordnung gesorgt. In einigen Fällen, wo die Höchstpreise überschritten wurden, griff die Polizei ein und legte den Verkauf selbst fort. In einem einzigen Falle wurde von einer Händlerin für Eier mehr gefordert, als vorgeschrieben. Von einem überwachenden Arbeiter auf das Unzulässige aufmerksam gemacht, warf sie diesem ein Ei an den Kopf und trampelte dann mit Absicht über das Verbotene der Eier, die noch im Korbe waren, tapu, worauf das Publikum unter allgemeiner Heiterkeit der renitenten Händlerin den Korb mit den zertrümmerten Eiern über den Kopf stülpte. Somit hat sich nichts ereignet, was darauf schließen ließe, das Unordnung gebricht habe. Solange die Arbeiterkraft von der Polizei beauftragt ist, mit für die Ruhe, Ordnung und Ueberwachung der Preise zu sorgen, ist es ausgeschlossen, daß Fälle, wie sie von Ihrem Berichterstatter geschildert worden sind, vorkommen können.

Der Ausbruch der Kindererkrankung in Mariendorf, Vorigende Frau Scholz, Streiber Straße 4, und Frau Zeyanah, Kirchhakenstraße 74, hat seit Ferienbeginn seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Der nächste Spieltag ist heute. Kinder aller Kreise sind zur Teilnahme eingeladen. Treffpunkt: 1/2 Uhr vor dem Rathaus, Kaiserstraße.

Teuel. Ein Freibad. Die Gemeindeverwaltung hat sich wegen der vielen Todesfälle durch Ertrinken entschlossen, ein Freibad einzurichten. Es befindet sich gegenüber der Insel Schartenberg, unweit Tegeler. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 80, für Kinder 15 Pf. Unglücksfälle dürften hier vermieden werden können, da Badewärter mit Rettungsbojen zur Stelle sind. Außerdem befinden sich Garderoben dort. Ähnlich wie im Freibad Wannsee. Das Publikum wird im eigenen Interesse gebeten, an verbieten Stellen nicht zu baden, sondern das Freibad zu benutzen.

Das neue Lichtspiel im Dienste der Volk- und Jugendwohlfahrt. Beinhaltet eine im Verlage des Brandenburgischen Verbands, Vorträge, zum Preise von 1 M. herausgegebene Broschüre. Die hat Prof. Dr. Karl Brunner, Referent im Wohlfahrtsministerium, zum Verfasser. Trümmer gibt in seinem Vortrage in überprüfbarer Zusammenfassung Hinweise und Ratschläge zu dem neuen Gej.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 9. Juli:

Grünwald. Mitglieder-Versammlung, 7 1/2 Uhr, Hubertusberger Str. 5: Die künftige Stellung der Sozialdemokratie. Referent: Genosse Köppler.

Morgen, 10. Juli:

Ma alle in der Jugendbewegung mitarbeitenden Parteigenossen. Referenten usw.: Die für Sonnabend, den 10. d. M., in Aussicht genommene Konferenz der erwachsenen Mitarbeiter fällt wegen der Flugblattverbreitung aus und findet nunmehr am Dienstag, den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Zentraljugendheim, Lindenstraße 3, 2 Hof links, 3 Treppen, statt.

23. Abt. (Höfem-Bierke). 7 1/2 Uhr, Sitzung der Bezirksleiter und Vertrauensleute und Ortsleiter bei Holt, Anspoderstraße. Ende Werdelschenstraße. Die Bezirksleiter werden ersucht, ihr Parteimaterial geordnet mitzubringen.

24. Abt. 7 Uhr bei Köppler, Immanuelstraße 25, Sitzung der Funktionäre. Stellungnahme zu den neuen Satzungen.

29. Abt. 7 Uhr, Konferenz der Bezirksleiter und Vertrauensleute bei Berger, Jagowstr. 21.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

Charlottenburg. Reinholdstr. 4 (Wollhaus) Vortrag: Was will der Verein Arbeiterjugend? — **Moabit.** Augustenpark, Waldenstraße 20 (Schule). Vortrag: Warum muß die Todesstrafe abgeschafft werden? — **Neukölln-Süd.** Augustenpark, Rosalstr. 53, Mitglieder-Versammlung. — **Nordosten.** Augustenpark, Oberwallstraße 44/46, Diskussionsabend. — **Osten (Petersburger Viertel).** Augustenpark, Straßmannstraße 20, Diskussionsabend: Die letzte Nummer der „Arbeiterjugend“. — **Pantow.** Augustenpark, Jochenstraße 13, Vortrag: Warum? — **Reinholdstr.-Ost.** Augustenpark, 3. Gemeindefabrik, Vortrag: Körperkultur. — **Reinholdstr.** Augustenpark, Gemeindefabrik, Kassenabend, Mädchenabend. — **Spandau.** Augustenpark, Oberbaum, Kolonnenring Mitglieder-Versammlung. — **Treptow.** Baumgartenweg. Augustenpark, Eisenstr. 3, Vortrag: Heinrich Heine.

Achtung! Jugendgenossinnen und -genossen! Am Sonntag, den 11. Juli er., findet in Reichers Hof ein Volksfest, veranstaltet von der weiblichen Jugend Groß-Berlins, statt. Treffpunkt 7 und 8 Uhr am Vorortbahnhof des Stettiner Bahnhofes und um 9 Uhr am Bahnhof Stolpe. Besichtigung werden mittags 1 Uhr vom Bahnhof Stolpe abgeholt. Beginn der Veranstaltungen 2 Uhr mittags.

Wirtschaft

Beste Haltung der Berliner Börse.

Günstigere Auffassung der Verhandlungen in Spa, ferner die neuerliche Preissteigerung auf den Metall- und Säuremärkten und unsere guten Ertragsaussichten veranlassen an der Börse eine zuverlässigere Stimmung. Bei etwas lebhafterem Geschäft als gestern war die Haltung vorwiegend fest, doch blieb die Preisgestaltung nicht einheitlich.

Der Textilmaschinenbau braucht den Export.

Auf der Hauptversammlung des Gesamtverbandes der Textilmaschinenbauer wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Gesamtverband des Textilmaschinenbaus hat festgestellt, daß auch bei seinen Exporten, wenn die auf Weltmarktspreisen aufgebauten Verkaufspreise die Weltmarktspreise überstiegen haben, ohne Verminderung der Herstellungskosten sind keine neuen Aufträge herbeizuführen. Anerkennend, daß zurzeit das Gesamteinkommen der Arbeitnehmer nicht verringert werden kann, sieht der Gesamtverband des Maschinenbaus die einzige Rettung aus der katastrophalen Lage der exportierenden Industrie darin, daß bei Beibehaltung des jetzigen Gesamteinkommens vorübergehend die Wochenarbeit auf 60 Stunden erhöht wird.

Aus der ausführlichen Begründung des Referenten ist folgendes zu entnehmen: Die Arbeitslosigkeit ist nicht hervorgerufen worden durch eine Sättigung des Weltmarktes, sondern lediglich dadurch, daß die fortgesetzten Steigerungen für Materialien, Löhne und Gehälter unsere Erzeugnisse so verteuert haben, daß wir unter Berücksichtigung des gleichzeitigen Preisrückgangs der Welt mit unseren Preisen die Weltmarktspreise überstiegen haben. Bedarft es genügend vorhanden, er wird aber zurzeit nur von dem billiger arbeitenden Ausland befreit. Wir müssen unsere Herstellungskosten verringern, dann gibt es wieder Aufträge genug und an Stelle der Arbeitslosigkeit tritt erneut Bedarf an Arbeitskräften. Ein freiwilliges Abgeben von Rechten in Zeiten der Not hat diese Rechte nicht nur hart befestigt. Mögen auch die Arbeitnehmer nicht engstirnig und zu ihrem Schaden am strengen Dogma hängen, sondern weitblickend vorübergehend und freiwillig die Arbeitszeit verlängern, um nach Hebung der Not den wahren Wert ihrer Rechte zu genießen.

Der Gesamtverband des Textilmaschinenbaus ist ein fester Zusammenschluß der Fabrikanten, die bis heute einseitig die Verkaufspreise festgelegt haben. Wenn eine Industrie auf die Ausfuhr angewiesen ist, muß allerdings auch eine sozialistisch organisierte Wirtschaft die Herstellungskosten den Weltmarktspreisen verhältnismäßig anpassen, wenn sie leben will. Aber die Herren Unternehmer gehen immer noch von der falschen Voraussetzung aus, daß sich Arbeiter und Angestellte als Objekte der Wirtschaft fühlen. Dies ist nicht der Fall. Arbeiter und Angestellte fordern heute, am Produktionsprozesse wenigstens mitzubeteiligen zu werden. Ueber Preise, Annahme und Ablehnung von Aufträgen und die Gewinnabteilung entscheiden doch heute die Unternehmer allein. Dieser Zustand muß befristet werden, wenn die Unternehmer von der Arbeiterschaft höhere Leistungen verlangen. Selbstverständlich hat hier nicht der einzelne Betrieb zu entscheiden, da sonst ein über Betriebsrisikofallismus entstehen würde, sondern die Gruppe.

Die Forderung einer erhöhten Arbeitsleistung ist unseres Erachtens nicht abzulehnen, solange die Unternehmerverbände, die heute Monopole sind, sich nicht zu einer völligen Umgestaltung ihres Aufbaues entschließen. Es handelt sich hier um nichts anderes als um die Anerkennung der Arbeiterschaft als gleichberechtigten Faktor. Die Arbeiterschaft geht mit ihren berechtigten Forderungen über das, was bisher in

den Arbeitsgemeinschaften und im Betriebsrat, gesetz festgelegt wurde, weit hinaus. Wenn sie es bisher nicht erreicht hat, so deshalb nicht, weil sie im politischen Parlament in der Minderheit war. Bei einer Ablehnung einer verlängerten Arbeitszeit tritt sie aber den Unternehmern als mindestens gleichberechtigte und starke Macht gegenüber. Hoffen wir, daß die Unternehmer einseitig genug sind, bald freiwillig zu tun, was später in bösen Kämpfen erfochten werden müßte.

1500 Waggon Mais für Deutschland.

Die rumänische Regierung hat der Firma Schuller, wie ein rumänischer Mitarbeiter dem „Berl. Tagebl.“ meldet, die Ausfuhr von 1500 Waggon Mais nach Deutschland unter der Bedingung gestattet, daß hierfür Kompensationsware geliefert wird. Man favorisiert Lokomotiven und Automobile, die deutschen Arbeiter verlangen ja nach Arbeit!

Die Kohlenproduktion im Deutschen Reich. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts betrug die Kohlenproduktion im Deutschen Reich, ohne Saarrevier und Pflanz, im Mai 1920 an Steinkohlen 10,22 Millionen Tonnen, an Braunkohlen 8,7 Millionen Tonnen, an Koks 2,07 Millionen Tonnen und an Prekoks 2,4 Millionen Tonnen. In der Zeit vom Januar bis Mai 1920 an Steinkohlen 30,94 Millionen Tonnen, an Braunkohlen 42,6 Millionen Tonnen, an Koks 9,55 Millionen Tonnen und an Prekoks 11,06 Millionen Tonnen. Im Vergleich hierzu betrug die Produktion im Januar bis Mai der Jahre 1919, 1918, 1917 und 1913 (1919 ohne Eisab-Vorbringen) an Steinkohlen 44,48, 70,21, 65,84 und 77,85 Millionen Tonnen, an Braunkohlen 30,32, 37, 37,25 und 35,04 Millionen Tonnen, an Koks 8,12, 14,82, 13,6 und 13,83 Millionen Tonnen und Prekoks 8,91, 12,08, 10,8 und 10,9 Millionen Tonnen.

Die Eisen- und Stahlpreise für August. Der Eisenwirtschaftsbund tritt am 25. d. M. zusammen, um über die Preisfestsetzungen für Eisen und Stahl im Monat August zu beraten. Man rechnet mit der Möglichkeit einer weiteren Ermäßigung der Preise.

Die Finanzierung des Außenhandels in England. Der Entwurf eines Kredit- und Versicherungsgesetzes für den Ueberseehandel wurde dem englischen Unterhaus in zweiter Lesung angenommen. Der Zweck der Maßnahme ist, fremden Ländern die Möglichkeit längerer Kredite zu gewähren, um sie in den Stand zu setzen, Zahlungen, die sie zum gegenwärtigen Wechselkurs nicht leisten können, erst dann zu erstaten, wenn ihr Wechselkurs sich gebessert hat.

Berichtszeitung.

Der Massenmörder Schumann vor Gericht.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Frau Biedermann, Mutter des ermordeten 16-jährigen Mädchens, das Montperrin bei der A. E. G. gefangen ist, erkennt die angeklagte von dem Angeklagten „gefundenen“ Ringe als ihrer Tochter gehörig mit aller Bestimmtheit wieder.

Zeuge Gendarmenwachmeister Geiseler schildert die Auffindung der Leichen in der sogenannten Höhle, als die vom Arminialoberwachmeister Lahmann zur Durchsicherung der Höhle abgordneten Berliner Arminialbeamten dort angekommen waren. Frau Schumann befand sich noch auf Befragen, daß die in der Wohnung aufgefundenen Ohrringe ihr Mann als ein Andenken von seiner Mutter erklärt habe. Die von dem ermordeten Knaben beherrschende Uhr wollte er von seinem Onkel geschenkt bekommen haben. — Vorl.: Angeklagter, weshalb haben Sie denn gesagt, daß die Uhr, die Sie ja doch gefunden haben wollen, Ihnen von einem Onkel geschenkt worden sei? — Angekl.: Meine Frau hat mich

wegen der Uhr mit Fragen belästigt

und da habe ich ihr eine ausweichende Antwort gegeben.

Nach der Mittagspause hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß er bezüglich der dem ermordeten Knaben gehörenden Uhr zuerst bei seiner ersten Vernehmung gesagt habe, er habe die Uhr von einem Soldaten in Spandau zum Pfand erhalten, während er später behauptete, sie gefunden zu haben. — Der Angeklagte weist dies nicht aufzuklären, behauptet aber immer wieder, er habe unter dem Zwange von Rißhandlungen ausgesagt; er sei teilweise gezwungen worden, die Unwahrheit zu sagen. Auch bezüglich des ihm vorgehaltenen ausführlichen Geständnisses in den beiden Arminial- und Biedermann nach dem von ihm unterschriebenen Protokoll behauptet er dasselbe.

Zeuge Lahmann: Das ist alles nicht wahr! Der Angeklagte hat überhaupt keine freien Antworten gegeben, wir haben über die Dinge in ruhiger Weise unterhört. Ich habe meine Beamten dringend aufgefordert, mit dem Angeklagten sehr behutsam umzugehen und bei der Anbelagerung auf dessen verletzliche Schulter Rücksicht zu nehmen. — Staatsanw. Vorl.: Sie (Lahmann) sind der geistige Urheber der Rißhandlungen. Was wollen Sie damit sagen? — Angekl.: Daß die Polizeibeamten dies berufsmäßig betreiben; es ist gewissermaßen ihre Geschäft und sie haben eine Haftung davon. (Heiterkeit.)

Antwörter Bielau hat den Angeklagten zuerst im Arminialgerichtsgebäude vernommen. Er war fast eufisch darüber, wie ruhig und sachlich der Angeklagte auftrat. Der Angeklagte zeigte

nicht die geringste Erregung.

Mit ihm die Protokolle vorgehalten wurden und er befragt wurde, ob denn all das Entsetzliche wahr sei, hat der Angeklagte die meisten Morddiaten glattweg zugegeben, bei der einen Morddiat aber den Mord bestritten und gesagt, er wolle die in Besitz genommenen Wertgegenstände aufbewahren, um sie den Eltern der Ermordeten als Andenken an diese zuzuführen. Verschiedene der Morddiaten hat der Angeklagte bestritten; aber die Morddiaten Engel, Paul, Kuntz, Kieselhof, Krieger, Biedermann usw. ohne Juden zugegeben. Der Zeuge hält es für ganz ausgeschlossen, daß der Angeklagte das Geständnis abgelegt habe, ohne daß er die Tatsachen wirklich begangen habe. — Justizminister Kuntz, der bei der richterlichen Vernehmung zugegen gewesen, schließt sich dem Vorurteil an allgemein an. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Fren wird sodann

ein Brief des Angeklagten an seine Tante

in Spandau verlesen. Es heißt da u. a.: Ich weiß sehr gut, daß wegen meiner ein großer Geldreiß entstanden ist, welches im Laufe

der Zeit sicherlich bald wieder verschlungen wird. Ich habe im Augenblick die tröstliche Hoffnung, daß auch Du nicht schlecht von mir denken wirst, im Gegensatz zu der von der Presse so fälschlich aufgereizten großen Masse. Ich habe nichts Zerwürfenes getan, wie mir zur Last gelegt wird. Wenn ich mein Leben dem Höcker gegenüber verdingelt habe, so finde ich darn kein Verbrechen. Der Mann war selbst schuld an seinem Schicksal. Was die übrigen Mörder anbetrifft, so kommt Du unbedarft sein, so wird sich alles selber aufklären. Trotz meines Geständnisses war ich doch nicht nur bei Verstand, schließlich habe ich durch gewaltsamen Druck vieles eingestanden, wofür ich gar nicht verantwortlich bin. Das Schwerkste muß ich so nun auf mir nehmen, es scheint mir auch das vom Schicksal bestimmt zu sein, daß ich in meinem ganzen Leben nie glücklich sein will. Wie dem auch sei: trotz allem will ich mein Unglück mit Geduld auf mir nehmen.

Es hat alles einmal ein Ende.

Es kommt dann noch ein Teil des Einbruchs und der Brandstiftung aus dem Jahre 1914 kurz zur Verhandlung. In der Villa Welzin in Falkenberg wurde im Jahre 1914 eingebrochen. Der als Täter verfolgte Angeklagte soll plötzlich im Walde stehen geblieben sein, sich umgedreht und auf seinen Verfolger einen Schuß abgegeben haben, ohne zu treffen. Der Angeklagte hat bestritten, der Täter zu sein, wird aber von zwei Personen wiedererkannt. In einem anderen Falle wird er beschuldigt, ein der Zeugin Geany gehörendes Holzgebäude in Brand gesetzt zu haben.

Nach Vernehmung der hierauf bezüglichen Zeugen verlegt der Vorsitzende die Verhandlung auf Freitag 9 1/2 Uhr.

Sport.

Spalla-Gerath. Nach langen Verhandlungen ist es der Direktion der Rennbahn Treptow gelungen, die wohl zurzeit größte Begegnung im Bezirk zustande zu bringen. Der Kampf soll am 14. Juli auf der Rennbahn Treptow, abends 7 Uhr, zum Austrag kommen. Es schweben noch Verhandlungen über zwei weitere Kämpfe, die an diesem Tage zur Abhaltung kommen sollen. Die Eintrittspreise bewegen sich wegen der vorhandenen hohen Anzahl der Zuschauerplätze in beträchtlicher Höhe. Bitte ab Sonnabend mittags im Rennbureau.

Rennen in Grünwald, 8. Juli. 1. Solander (Jagdrennen). Circumzeit dem folgenden Reiter und 2000 M. 1000 Meter. 1. Rheinbrecher (Meyer). 2. Rosenfuss (v. Berchem). 3. Dnie (v. Schmidt). Tot: Sieg 21:10, Pl. 13, 14, 20. Ferner liefen: Sieger II (4), Sieg (5), Minor (6), Parodie, Berber. — 2. Jugend-Gärtenrennen. 2000 M. 2000 Meter. 1. Bismarck (Schmidt). 2. Rocco (Worley). 3. Rühge (Steffen). Tot: Sieg 20:10, Pl. 13, 14, 21. Ferner liefen: Dolke (4), Götter von Berlin (5), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 3. Stuten-Jagdrennen. 3000 M. 3000 Meter. 1. Neue Bismarck. 2. Eisenbahn (Wend). 3. Rühge (Steffen). Tot: Sieg 21:10 (Reue), Pl. 10 (Eisenbahn), Pl. 40 (21), 25 (2). 4. Ferner liefen: Zulu (4), Juchendstunde (5), Eberge (6), Julia II, Po von, Solalella, Rühge. — 4. Bellefleur-Gärtenrennen. 2000 M. 2000 Meter. 1. Bismarck (Wend). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Urvater (Halle). Tot: Sieg 21:10, Pl. 11, 12. Ferner liefen: Dolke (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 5. Carolina. Circumzeit und 3000 M. 4000 Meter. 1. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 24:10, Pl. 10, 12, 13. Ferner liefen: Gila (4), Spreemad (5), Juchendstunde (6), Dnie (6), Rühge, Corar. — 6. Zeiselsee-Gärtenrennen. 2000 M. 2000 Meter. 1. Rein Leopold (Lortz). 2. Sid (Wend). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 12, 17. Ferner liefen: Dolke (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 7. Hundeleute-Jagdrennen. 2000 M. 2000 Meter. 1. Bismarck (Schmidt). 2. Rühge (Steffen). 3. Rühge (Steffen). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 8. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 9. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 10. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 11. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 12. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 13. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 14. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 15. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 16. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 17. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 18. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 19. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 20. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 21. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 22. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 23. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 24. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 25. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 26. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 27. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 28. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 29. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 30. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 31. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 32. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 33. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 34. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 35. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 36. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 37. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 38. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 39. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 40. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 41. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 42. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 43. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 44. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 45. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 46. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 47. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 48. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 49. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 50. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 51. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 52. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 53. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 54. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 55. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 56. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 57. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 58. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 59. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 60. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 61. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 62. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 63. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 64. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 65. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 66. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 67. Rühge (Steffen). 2. Juchendstunde (Dob). 3. Juchendstunde (Dob). Tot: Sieg 20:10, Pl. 25, 18 (Pl.), 13 (Dr.). Ferner liefen: Rieker (4), Rühge (5), Rocco (6), Leonore (6), Rieker, Berna, Rühge, Spalt, — 68. Rühge (Steffen). 2. Juchend

Preise für Salzheringe

Ab 1. Juni 1920 sind die Großverkaufspreise für Salzheringe herabgesetzt worden. Im Kleinverkauf können danach jetzt kosten:

Norwegische Salzheringe

je nach Qualität und Jahrgang.
 Großstückige Ware 80 Pf. bis Mk. 1,15 je Stück
 Kleinstückige Ware 80 „ und weniger „
 oder Mk. 2,10 bis Mk. 3,- je 1/2 kg Hering ohne Lake.

Englische Salzheringe.

Großstückige Ware Mk. 1,35 je Stück
 Mittelgroße Ware „ 1,05 „
 Kleinstückige Ware „ -90 „
 oder Mk. 4,20 bis Mk. 4,40 je 1/2 kg Hering ohne Lake.

Bei den Preisen können wegen der nicht ganz genau zu berechnenden Transportkosten, deren Verrechnung nach bestimmten Vorschriften erfolgt, und wegen sonstiger Abweichungen kleine Unterschiede von schätzungsweise bis zu 10 Prozent eintreten.

Berlin, den 3. Juli 1920.

Reichsfischversorgung G. m. b. H.

Salzherings-Einfuhr G. m. b. H.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer,

Beschlüsse der Generalversammlung vom 7. Juli d. J. über die Erhebung eines Extrabeitrages für die Monate Juli, August, September 1920 zur Vinderung der Rat unserer Arbeitslosen.

1. Alle vollbeschäftigten Mitglieder zahlen einen Extrabeitrag von 2 Mark wöchentlich.
2. Alle Mitglieder, die einen Verdienst von 200 Mark und darüber haben, zahlen einen Extrabeitrag von 5 Mark wöchentlich.
3. Von dem Erlöse aus Ueberhanden sind 50 Proz. zugunsten der Arbeitslosen abzuführen.

Anliegen, die verhängt arbeiten, sind von dem Extrabeitrag befreit. Die Extrabeiträge werden mit dem ordentlichen Beitrage, der bis 1. Oktober 1920 wie bisher 4,50 Mark betrug, erstmalig für die Woche vom 10. Juli 1920 bis 17. Juli 1920, jedoch gleichberechtigt auf den Beitragslisten in der Rubrik „Einfachbeitrag“ zu führen.

Der Ausschuß.

Raucht

 Ueberall erhältlich.
 Lieferung nur an Wiederverkäufer.

Stellenangebote
Tüchtiger Torfmelker
 für Viehhof zu sofort gesucht. Bewerber müssen in ähnlichen Betrieben schon tätig gewesen sein. Offerten unter J. 55 Hauptpoststation d. „Berliner“.

Automobil-Monteur-Einfahrer.
 eine allerechte Kraft, die den Motor- und Wagenbau vollkommen beherrscht, mit dem Einbau und der Behandlung der Dynamo-Beleuchtungsanlage vertraut ist, für eine mitteldeutsche Automobilwerkstatt
in dauernde Stellung gesucht.
 Es kommen nur wirklich erstklassige Bewerber, die sich über ihre Tätigkeit und Leistungen ausweisen können, in Frage.
 Angebote unter B. L. 404 an Ha-Hofenstraß 2, Tegel, Magdeburg.

Tüchtige Verkäuferinnen
 für die Abteilung
Korsetts
 sofort gesucht.
 Meldungen: 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
 Kottbuser Damm 1.

Putzuarbeiterinnen,
 die geübt sind und in guten Häusen gearbeitet haben, sucht
Hermann Tietz,
 Markgrafenstr. 28.
 Vorstellung: 9-10 Uhr vormittags und 5-6 Uhr nachmittags.

Staatl. Schauspielhaus.
 (Operetten-Gastspiel)
 Abends: Die Strohwitwe.
 7 1/2 Uhr: Musik von Leo Bloch.

Großes Schauspielhaus.
 7: Jul. César (20. Abt., 4. Ab.)
 8: Lysistrata (12. Abt., 4. Abt.)

Deutsches Theater.
 Maria Orska
 8 Uhr: Weib u. Hampelmann
 Kammerspiele.
 Abel / Käte Dorsch
 8 1/2 Uhr: Leibgardist

Kleines Schauspielhaus.
 Fasanenstr. 1 (Nähle Dtl. Zoo).
 7 1/2 Uhr: Büchse der Pandora.

Theater des Westens
 Max Pallenberg
 Gisela Werbezirk:
 8 1/2 Uhr: Rabenvater.

Schiller-Theater.
 Hans Waßmann:
 8 Uhr: Der ehem. Leutnant

Theater l. d. Königgrätzerstraße
 1/2 Uhr: Geständnis.
Komödienhaus
 8: D. Reise in die Mädchenzeit.
Berliner Theater
 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

APOLLO
 7 1/2 Theater 7 1/2
 Direkt. James Klein.
Juli 1920
Neue Natura
 lebende Kunstwerke
 Maß tollkühne
TODESFAHRT
 2 Aegirs
 am Meeresgrund.
ZIMMERMANN
 v. Dtsch. Opernhaus
 in ihren Tänzen
 u. weitere Sensation

Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: Die Fledermaus.
 Die Tribüne
 8 Uhr: Bunbury.
 Friedr.-Wilhelmst. Th.
 7 1/2 Uhr: Marzipan.
Kleines Theater.
 7 1/2 Uhr: Sonate.
 Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Die Frau im Dunkeln.
 Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: Der ungetreue Eckehart
Metropol-Theater.
 7 1/2 Uhr: Im weißen Röss'l
 Neues Central-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.
 Neues Operettenhaus
 7 1/2 Uhr: Natural-Phantast. Ballett
Neues Volkstheater
 7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Ihre Hoheit die Tänzerin
 Th. am Nollendorfsplatz
 7 1/2 Uhr: Eine Nacht im Paradies
 Theater l. d. All. Jakobstr.
 7 1/2 Uhr: Die verschwund. Pauline.
Wallner-Theater
 7 1/2 Uhr: Tannhäuser.
Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr: Kasernenluft.
Admirals-Palast
 7 1/2 Uhr: Die lustige Puppe.

Theater Folies Caprice
 Friedrich-Ecke Linienstr.
 7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen
 Musikalischer Schwank

Theater am Kottbuser Tor.
Silte-Sänger
 Täglich 7 1/2 Uhr.
 Gastspiel d. Original-
Leipziger
 Fritz-Weber-
Sänger.
 Vorverkauf 11-11 1/2 u. 4-6 Uhr.

Winter-Garten
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
 Rauchen gestattet!

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz.
 7 1/2 Uhr: Bruder Martin

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel

UFA THEATER
 5. Woche
Zirkus Wolfson
 Die letzte Gala-Vorstellung
 Meine Frau die Film-Schauspielerin
 Lustspiel mit Ossal Oswald
Die Frau im Doktorhut
 Lustspiel mit Lotte Neumann

Der Liebesbrief der Königin
 Lustspiel

Das Maskenfest des Lebens
 Schauspiel

Die Claudi vom Geiserhof
 Schauspiel

Agnes Arnau und ihre drei Freier
 Lustspiel

Niemand weiß es
 Schauspiel / Regie: Lupa Pick
 Hauptdarsteller:
 Edith Poser / Johannes Riemann

„Pola Negri-Zyklus“
 Der gelbe Schein
 Schauspiel

Rauschgold
 Schauspiel in 4 Akten
Lottchens Heirat
 N. B. Lustspiel

Der Galeerensträfling
 9. bis 12. Juli I. Teil
 13. bis 15. Juli II. Teil
 wochentags 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr

Kenny Porten-Zyklus

Ufa Palast am Zoo
 Mozart Platz
 Jannowitzbrücke
 Köpenicker Platz
 Hoffendof Platz
 Schöneberg
 Kaufmanns
 Kaiserin
 Friedrichs
 Alexander Platz
 Danneberg

Lessing-Theater.
 Sommerspielzeit
 Abends 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
 in D. Glas d. Jungfrau
 Deutsches Künstler-Theater
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
 mit Max Adalbert.

Residenz-Theater.
 Stadtbahn Jannowitzbrücke.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Raschhoffs
 von Hermann Sudermann.
 Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
 Bahnhof Friedrichstraße
 Abends 8 Uhr:
Maskerade
 von Ludwig Fulda.
 Sonntag 4 Uhr: Silberedle.

Sommerth. GROSS-BERLIN
 (Kleins) Hasenheide II.
 7 1/2 u. 8 U.: Operett.-Schlag.
Was junge Mädchen träumen!
 Ab 11. Erstkl. Spezialitäten

Reichsh.-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Stett. Sänger.
 Varieté
 Döbner-Brettl.
 Garten u. Saal.
 Ab 6 1/2. Sonnt.

BILD
 Potsdamer Str. 35
 Turmstr. 12
Uraufführung
Sklaven des 20. Jahrhunderts
 Hauptdarsteller:
 Käthe Dorsch
 Magda Elgen
 Ellen Siawrides
 Reinh. Schünzel
 Harry Liedtke.

Neue Welt
 Arnold Scholz
 Hasenheide 109-114
Täglich Konzert und Vorstellung.
 Dienstags, Mittwochs,
 Donnerstags u. Sonntags:
Großer Ball.
 Die Kaffeeküche
 ist täglich geöffnet.
 Anfang wochentags 8 Uhr,
 Sonntags 4 Uhr.

Säuglings-Fürsorge-Lotterie
 Ziehung am 20. und 21. Juli.
 2574 Gew. u. 1 Präm. I. W. v. M.
 Höchster Gewinn im Glückspall I. W. v. M.
 1 Hauptgewinn I. W. v. M.
 1 Prämie I. W. v. M.
Säuglings-Fürsorge-Lose M. 3,60
 Liste und Porto 50 Pf. extra.
 - 10 Lose sortiert aus verach. Taus. M. 36.-
Lud. Müller & Co.
 BERLIN W., Werderscher Markt 10.
 In allen Lotteriegeschäften u. Loseverkaufsstell. zu haben.

Städtische Bekleidungsstelle Neukölln, Bergstr. 29.

Eigentümerin: Stadtgemeinde Neukölln.

Ganz bedeutende Preisermäßigungen!

Schuhwaren

Damenstiefel
 moderne Fasson, extra gute
 Reibscheyren u. Rindledersorten
106,- Mark

Herrenstiefel
 gediegene Arbeit
115,- Mark
 In Rindbox, kurze moderne Form

Kinderstiefel
 bequeme Form, dauerhafte
 Qualität
von 44,- Mark an

Verkauf an Jedermann. Auch an Nicht-Neuköllner. Verkaufszeit von 8 bis 6 Uhr. Im selben Hause: Städtische Besohlanstalt. Reparaturen mit Knieleder preiswert.

Deschanel will gehen.

Frankfurt a. M., 8. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Genf, daß Präsident Deschanel infolge seines bekannten Unfalls nicht mehr die Repräsentationspflichten seines Amtes erfüllen könne und noch vor dem 50. Jahrestage der Republik zurücktreten werde. Die Wahl des Nachfolgers dürfte Anfang August oder Ende Juli erfolgen. Millerand bewerbe sich um die Nachfolgerschaft. Er werde als ernsthaften Gegner Poincaré haben.

Vordringen der Griechen.

Paris, 8. Juli. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat Venizelos den Mitgliedern des Obersten Rates in Spa mitgeteilt, das Vorgehen der griechischen Armee sei von vollständigem Erfolg gekrönt, die Streitkräfte Mustafa Kemal Paschas seien gebrochen.

Amsterdam, 8. Juli. „Times“ meldet aus Smirna vom 6. Juli: Die Griechen haben Razki, 30 Meilen östlich Adin besetzt. Vor der Räumung brannten die Nationalisten einen Teil der Stadt nieder und ermordeten eine Anzahl Griechen.

Die Kämpfe im Orient.

Amsterdam, 8. Juli. „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel vom 8. Juli: Hier liegt ein Bericht vor, wonach die Franzosen die Befestigung der arabischen Zone in Syrien einschließlich Aleppo und Hom mit starken Kräften vorbereiten und in Alexandria 12 000 Mann gelandet haben.

Konstantinopel, 8. Juli. (Reuter.) Englische Seestreitkräfte haben Rudana und Ghemief eingenommen.

Die Regierungswahl in Deutschösterreich.

Wien, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei den gestrigen Wahlen der Regierung von Deutschösterreich durch die Nationalversammlung wurden von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Hanusch, Dr. Krenner, Dr. Reiter und Dr. Ellenbogen, von den Christlichsozialen Rapp, Probst, Gausel, Heindl und ein Großdeutscher, Koller, gewählt. Als Unterstaatssekretäre wurden die beiden Sozialdemokraten Giskl und Sonder(?) sowie die beiden Christlichsozialen Rillas und Reich gewählt. Das neue Kabinett ist also im wesentlichen wie das alte ein Koalitionskabinett, bestehend aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen, wie vor der Krise.

Der gegenwärtige Regierungszustand in Oesterreich ist ein Notbehelf, der verfassungsrechtlich zu den schwersten Konflikten führen kann und muß. Nachdem sich die alte Koalition nicht mehr halten ließ und eine Reichsregierung nicht zustande kam, hat man sich darauf geeinigt, eine Zahl von Staatssekretären und Unterstaatssekretären nach dem Stimmverhältnis der Parteien zu wählen, die mit den Regierungsgeschäften beauftragt werden. Die Mitglieder dieser Regierung bilden nun kein Gesamtkabinett, das als solches dem Parlament gegenüber verantwortlich wäre, sondern sie sind nur Mandatäre ihrer Wählerschaft, d. h. der Partei, der sie angehören. Dadurch ist eine einheitliche Mehrheitsbildung selbst in grundlegenden Fragen der Politik unmöglich, denn die Gegensätze, die im Kabinett zutage treten werden, müssen mit unermüdeter Schärfe aufeinanderwirken. Zum Vorsitzenden des Kabinetts wurde der christlichsoziale Michael Rapp, zu seinem Stellvertreter Genosse Hanusch gewählt. Nach der Erklärung, die die Regierung der Nationalversammlung abgab, sieht sie sich als unpolitische Uebergangsregierung an, die nicht nach einem bestimmten Programm handeln könne.

Bolschewistenprozesse in Ungarn.

Anlage gegen die Volkskommissare.

Budapest, 7. Juli. Das „Ungarische Teleg. Korr.-Bureau“ meldet: Vor dem Budapest'schen Strafgerichtshof begann die Verhandlung gegen die zehn bolschewistischen Volkskommissare, denen es nicht gelungen war, nach dem Sturz der Proletarierdiktatur aus Budapest zu flüchten. Die Angeklagten werden beschuldigt der Teilhaberschaft an den Verbrechen des Hochverrats und des Aufruhrs sowie des Mordes in 167 Fällen, begangen zumeist auf Anordnung des Tibor Szamuely. Ferner werden sie beschuldigt, bei der Uebernahme der Geldinstitute unter Androhung der Todesstrafe an den Beamten Erpressungen begangen zu haben und Geldfälschungen durch Ausgabe von mehr als 3½ Milliarden nachgeahmter Banknoten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank. Der Oberstaatsanwalt beantragte die Vernehmung von 400 Zeugen.

Polnische Verschwörung gegen Litauen.

Organisation eines Aufstandes gegen die Regierung.

Rowno, 8. Juli. (Ll.) Der litauischen Sicherheitspolizei ist es gelungen, eine umfangreiche politische Verschwörung gegen die litauische Regierung zu entdecken. Die Seele der Bewegung war ein polnischer Offizier namens Basso, ein Mann, der eine amtliche Tätigkeit ausübte, indem er die Pässe für die okkupierten Gebiete visierte. Dieser Mann ist seit kurzem aus Rowno verschwunden. Es gelang ihm, unter dem Schutz seiner amtlichen Tätigkeit große Geldsummen zu Verschwörungszwecken nach Rowno einzuschmuggeln. Die Absicht der Verschwörer war jedenfalls, einen bewaffneten Aufstand zu organisieren und die litauische Regierung abzusetzen.

Aus dem gesamten Material, das sehr umfangreich ist, geht hervor, daß ein vollständiger Plan für die Einrichtung einer polnischen Verwaltung in Litauen vorbereitet war. Es sind bereits in dieser Angelegenheit zahlreiche Verhandlungen vorgenommen worden. Die Verschwörer beabsichtigten, Ende Juli loszuschlagen und es hat den Anschein, als ob gleichzeitig eine polnische Aktion gegen Rowno stattfinden sollte.

Die polnische Niederlage.

London, 7. Juli. Reuter meldet aus Warschau: Das polnische Kommuniqué gibt zu, daß die bolschewistischen Reiteri Rowno besetzt hat. Die Bolschewisten haben bei Rimosjolaki und südlich, Dorisso die Verejina überschritten.

Vor der Entscheidung.

München, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Immer noch rollen die vollbesetzten Eisenbahnzüge, um die Abstimmungsberechtigten aus dem Rheinland und dem übrigen Reich zu bringen. Fast alles sind Arbeiter und Arbeiterfrauen, die sich bei ihrer Ankunft mit Eifer in die Agitation für Deutschland stürzen. Die Polen verlieren von Tag zu Tag. Es werden bereits Güterverkäufe an Deutschland gemacht. Nicht einmal die notwendigen Mandate für die Ueberwachungs-ausschüsse können die Polen ausbringen.

Seitdem die Polen ihre Stoßtruppe bewaffnet haben, meiden die Deutschen jede polnische Versammlung. Täglich warnen die deutschen Organisationen ihre Anhänger vor Ausschreitungen, da diese den Polen als willkommenen Anlaß zur Aufrechthaltung des Wahlergebnisses dienen würden. Der Verkehr der interalliierten Kommission vollzieht sich hier äußerlich in den besten Formen, die Italiener sehen uns freundlich gegenüber und die Engländer zeigen den Polen die kühle Schulter. Lediglich die Franzosen gehen auf jeden polnischen Wunsch ein. Dagegen hüllen sich die Japaner in vollkommenes Schweigen. Seit gestern hat die interalliierte Kommission ein Schnapsverbot nach 9 Uhr abends erlassen. Die Versammlungstätigkeit ist auf beiden Seiten nicht mehr zu übersehen. Abend für Abend durchqueren zahllose Automobile das ganze Land, um die Referenten am Ort und Stelle zu bringen. Vor etwa drei Wochen gelang es den Polen, in Allenstein die Mitglieder der Unabhängigen Partei zu gewinnen, die eine Studienreise nach Warschau unternahm. Die Kreisleitung der Unabhängigen Partei in Königsberg hatte diese Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, während die hiesige Ortsleitung immer noch an ihnen festhält und dies, trotzdem die Polen gegen die Bolschewisten Krieg führen und trotzdem sie in ihrer schriftlichen Wahlpropaganda Märchen über den Sozialismus verbreiten, in denen es heißt, daß die Sozialdemokratie die Frauen sozialisiert und jedem Büßling wehrlos preisgegeben wolle.

Die sozialistischen Parteien veranstalten ebenfalls überall Versammlungen, und es ist besonders von den Anhängern der U. S. P. und den Kommunisten aus dem Rheinland-Westfalen zu bemerken, daß sie mit großer Treue und Liebe für die deutsche Sache sprechen. Von polnischer Seite wird eine Denkschrift verbreitet für den hohen Rat in Paris, daß Disziplinen bei einem Verbleiben bei Deutschland zum Sammelpunkt realtionaler Bestrebungen werden dürfe, während die Angliederung an Polen das Abstimmungsgebiet der wahren Demokratie erschließen würde!

Die Revision im Erzberger-Helferich-Prozess. Die uns von unfernter Seite mitgeteilt wird, trifft die von einigen Blättern ergrahene Meldung über Unterbrechung der Revisionsbehandlung vor dem Reichsgericht auf den 9. Juli nicht zu. Bisher sind die Prozeßakten des Landgerichts I dem Reichsgericht noch gar nicht zugegangen. Ob eine Verhandlung nach den Gerichtsferien zustande kommen wird, ist auch noch sehr zweifelhaft, da Helferich inzwischen in dem Reichstag gewählt worden und nun in seiner Eigenschaft als Abgeordneter immunität ist. Eine Fortsetzung des Verfahrens müßte also erst beim Reichstag beantragt werden, der dann die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Helferich beschließen kann.

Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus dem Abendblatt.)

150. Sitzung, Donnerstag, den 8. Juli 1920.

Hg. Stendel (Dm. Sp.):

Ich frage Herrn Ludwig: Ist es wahr, daß die englischen Behörden den Unabhängigen im Rheinland ein großes Lager von Waffen abgenommen haben? (Lärmende Zwischenrufe der (U. S. P.)) Wir fordern schleunigst Reumachen. Innerhalb ist die Presseführung des Ministers Hünich über das Marsburger Urteil, die in einem Berliner Abendblatt zu lesen war. Auf Verleumdungen, wie sie dort ausgesprochen sind, müßte Verlangen stehen. (Große Unruhe.) Wir wenden uns nicht gegen die Ostjuden als solche, sondern gegen jede störende Zuwanderung. Die zahlreichen Amtsenthebungen von Landräten schädigen die Verwaltung. Ich muß dem Minister des Innern Sehering im Zusammenhang mit diesen Dingen Wortbruch vorwerfen. (Große Unruhe und Zwischenrufe.) Die Experimente des Ministers des Innern haben die Agitation der Welsen außerordentlich gestärkt. Der Unbestätigt Königsberg muß mehr Fürsorge gewidmet werden. Die Besetzung der Kreischausinspektion erfolgt nach Parteirücksichten. Der Redner verweist seine Partei gegen den Vorwurf, die Verfassungsberatung zu verschleppen. (Beifall rechts.)

Staatsminister Hanusch:

Die Regierung wird alles tun, um die Unbestätigt Königsberg als Bollwerk deutschen Geistes und deutscher Kultur aufrecht zu erhalten. Von den sechs Kreischausinspektionen, die in Ostpreußen neu besetzt worden sind, sind vier mit Parteiparteilern, nur zwei mit tüchtigen sozialdemokratischen Schulmännern besetzt. (Hört! Hört!) Von dem, was ich

gegen die Marsburger Studenten

geschwiegen habe, nehme ich nicht eine Silbe zurück. (Lärm rechts, lebhafter Beifall links.) Ich kann mir denken, daß es Ihnen (noch rechts) das nicht gefällt; um so mehr bin ich überzeugt, daß ich mit dem, was ich geschrieben habe, der überwältigenden Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen habe. (Lebhafter Beifall links, Lärm rechts.)

Handelsminister Hünich: Die mir wegen der Ernennung der preussischen Mitglieder für den Reichswirtschaftsrat gemachten Vorwürfe sind zur Unrecht erhoben.

Hg. Sprenger (Ztr.):

Die Unabhängigen Leid und Verdruß haben ihrem Vaterlande seinen guten Dienst erwiesen. (Lebhafter Zustimmung.) In Danzig verlangten die Unabhängigen englische Soldaten anstatt Sicherheitswehr. Der englische Vertreter Lamer hat deshalb mit Recht von sie die Frage gerichtet, ob die Unabhängigen über ihren erbärmlichen Elfenbeinturm keine Scham empfanden. (Lebhafter Hört! Hört!) Parteimilitär liegt uns böllig fern, weil wir ja unter der

Parteiwillkür der Rechten

von meissen zu leiden gehabt haben. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum.) Die Verteilungen des Finanzministers über notwendige Eingriffe um das Steuerrecht der Gemeinden müßten stark beunruhigen. Wir machen das nicht mit. Die Zwangswirtschaft, deren Abbau wir wünschen, darf nicht überhastigt aufgegeben werden. In ein schwebendes Verfahren sollte der Kultusminister nicht eingreifen.

Damit schließt die Aussprache.

Hg. Heilmann (Soz.): (Persönlich.) Ich halte aufrecht, daß die Deutsche Volkspartei die Verfassungsberatung verschleppt.

Die Haushaltsvorlage wird dem Ausschuss überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Vollendung des Mittelrandkanals

und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen.

Minister der öffentlichen Arbeiten Oster:

Die Kanalvorlage, die schon 1880 aufgegeben ist und für die schon 1860 ein erster Entwurf vorlag, geht nun ihrer Vollendung entgegen. Ueber die Baukosten läßt sich nichts Bestimmtes sagen, da mit einer Fortdauer im Schwanken der Preise zu rechnen ist. Die Regierung hält

die Mittellinie

für richtig. Die Vorlage ist in erster Linie auch erfolgt mit Rücksicht auf die Reichsanstalten, vor allem aber auch, um

die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im günstigen Sinne zu beeinflussen. Die Eisenbahn wird durch den Kanal allerdings zunächst mit einem Einbahnenausfall zu rechnen haben; erfahrungsgemäß gleichen sich solche Erscheinungen aber nach nicht sehr langer Zeit aus. Die Eisenbahnarbeiten werden wegen der notwendigen baulichen Wiederherstellungsarbeiten noch recht lange Zeit recht hoch bleiben. Im Zusammenhang haben auch die Kanal- und Wasserstraßen eine unnatürliche Höhe erreicht. Gegenwärtig sind sie sogar höher als die Eisenbahnstraßen. Nach der Wiederherstellung der vollen Betriebstakt der Eisenbahnen wird aber auch hier die natürliche Entwidlung wieder einsetzen. Die Kanalvorlage dient nicht nur dem preussischen, sondern auch dem ganzen deutschen Volke. (Beifall.)

Die Vorlage geht ohne Aussprache an einen besonderen Ausschuss von 20 Mitgliedern.

Der Gesetzentwurf über die Routenregelung der

Berufung der evangelischen Landeskirche

der älteren Provinzen Preußens wird in zweiter Lesung ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die dritte Lesung.

Unterstaatssekretär Trautlich: Eine Legende ist es, der Regierung Kirchenfeindschaft nachzusagen. Im dem vorliegenden Falle handelt es sich um Kirchengesetze, die von der Kirche erlassen werden, aber der Zustimmung des Staates bedürfen. Infolgedessen möchte ich bitten, die Vorlage schnell zu erledigen.

Hg. Kleinsch (U. S. P.): Wir wollen in schärfer Weise betonen, daß die Vorlage berechtigten Ansprüchen nicht genügt und auch nicht im entferntesten der späteren Entwicklung gerecht werden kann.

Hg. Hauschild (Soz.): Auch meine Fraktion hat eine Anzahl erheblicher Bedenken, bei der Geschäftsloge erheben wir aber keinen Widerspruch.

Das Gesetz wird darauf endgültig gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Gruppen angenommen.

Das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz geht an den Hauptauschuss.

Einige kleine Vorlagen werden ohne Aussprache angenommen.

Senso das Gesetz über die Erhebung von Nachtragsumlagen und die Gemeinden für das Steuerjahr 1919.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des § 10 des Gesetzes über die

Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst vom 10. August 1908

Hg. Weiskopf (Dm.): Die Haltung meiner Freunde ist geteilt. Im ganzen werden wir dem Gesetz zustimmen.

Hg. Dr. von Richter (D. Sp.): Für die Stellen der höheren Verwaltungsbeamten müssen wir ein gründliches Studium verlangen, wobei auch die Volkswirtschaftslehre zu ihrem Recht kommen muß.

Ein Regierungsvertreter: Die Staatsregierung versteht unter dem Wort „Verwaltung“ nicht nur die innere Verwaltung, sondern jede Verwaltung.

Danach wird der Gesetzentwurf in zweiter Beratung nebst einem Zentrumsantrag über besondere Erleichterungen für Kriegsteilnehmer angenommen. Nach unerheblicher Aussprache erfolgt die Annahme in dritter Lesung einstimmig.

Der Gesetzentwurf über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeabgabenrechts wird angenommen unter Streichung der Abänderung des Ausschusses, nach dem die Gemeindebeamten nicht höher besoldet sein sollen als die gleichartigen Staatsbeamten.

Hg. v. Aries (Dm.) stellt zu dem Gesetzentwurf den Antrag auf Annahme einer Entschlieung, nach der die Regierung bestmöglichst einen Gesetzentwurf über den Lastenausgleich zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden einbringen soll.

Ein Regierungsvertreter erklärt dazu, daß ein solcher Lastenausgleich eine weitgehende Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung zur Folge haben würde.

Die Entschlieung wird gegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen angenommen.

Hg. Ehlers (Dem.) begründet einen Antrag, der Unbestätigt Frankfurt a. M. jährliche Zuwendungen zu gewähren.

Der Antrag wird dem Haushaltsausschuss überwiesen. Präsident Leinert teilt mit, daß sich das Haus

bis zum 15. September vertagt

wird; er richtet an die Ausschüsse die Aufforderung, bis dahin ihre Arbeit so weit zu erledigen, daß das Haus seine Beratungen be- ginnen kann.

Hg. Verghaus (Dem.) bittet, den Antrag seiner Partei auf die Tagesordnung zu stellen, nach dem bei der Reichsregierung dahin gewirkt werden soll, die Seeflugstationen und die bislang militärischen Zwecken dienenden Gebäude in Baderorten soweit und so- bald wie möglich aufzulösen und die freiverwendenden militärischen Gebäude der Gesundheitspflege,

insbesondere für Kriegsbeschädigte und Minderbemittelte dienlich zu machen, ferner dafür Sorge zu tragen, daß die Ge- bäude der Marine-Fliegerabteilung in Nordern für die Zwecke der Behandlung und Heilung erkrankter Kinder der unmittelbaren Volkstreife zur Verfügung gestellt werden.

Präsident Leinert macht darauf aufmerksam, daß der Antrag nicht mehr auf die Tagesordnung gestellt werden, aber zur Zustimmung kommen kann, wenn kein Mitglied des Hauses wider- spricht.

Hg. Dr. Stendel (D. Sp.): Ich widerspreche! (Stürmische Proteste. Rufe: Deutsche! Psi Teibel!) Daß hier der Versuch gemacht werden soll, die Gebäude der Auszubildenden durch die Entente zu entscheiden, hat gar keinen Zweck. Wenn die Entente in Spa davon erfahren sollte (die weiteren Worte des Redners gehen in einem ungeheuren Entrüstungsturm des Hauses unter. Zahlreiche Abgeordnete rufen immer wieder: Sie schädigen das deutsche Volk! Psi!) Sie wollen Vertreter einer nationalen Partei sein!

Hg. Dr. Schieffmann (Dem.): Der Abgeordnete Stendel hat vorhin zu einem unabhängigen Kollegen gesagt: Schämen Sie sich, ich rufe dem Abgeordneten Stendel zu:

Schämen Sie sich, Herr Stendel!

(Stürmischer Beifall im ganzen Hause.)

Reichswirtschaftsminister Stegerwald: Ich nehme zu dem An- trage nicht Stellung, da ich mit meinem Departement darüber noch nicht sprechen konnte. Ich glaube aber, daß sich die Angelegenheit dadurch erledigen läßt, daß die Staatsregierung ohne Beschlußfassung durch das Haus von sich aus die Wege in die Wege leitet. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Stendel (D. Sp.): Ich habe ja nur das selbe gesagt wie der Herr Minister. (Stürmischer Gelächter.) Unter nachstehendem Lärm des Hauses verfuhrte der Hg. Stendel weiterzusprechen, immer wieder jedoch brachen die Rufe hindurch: Psi! Schämen Sie sich! Wenn Sie mir gestatten, mit unserem Fraktionsvor- sitzenden zu sprechen, bin ich bereit, meinen Widerspruch zurück- zuziehen. (Psi-Rufe und Lachen bei der Mehrheit.)

Präsident Leinert: Ein Anerbieten können Sie dem Hause nicht machen. Sie können nur erklären: Ja oder Nein. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Stendel (D. Sp.): Ich erkläre, daß ich meinen Wider- spruch zurückziehe. (Lauter Psi-Rufe und Lachen bei der Mehrheit.)

Der Antrag wird ohne Aussprache gegen die Stimme des Abgeordneten Stendel angenommen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung am 15. September, nachmittags 3 Uhr.

Schluß 12 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Buchdrucker.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer tagte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus.

Zu den Anträgen der Arbeitslosen und über die Erhebung eines Extrabeitrages führte der Vorsitzende Albrecht aus: Sämtliche Bezirksversammlungen haben sich mit der Erhebung eines Extrabeitrages einverstanden erklärt und die meisten für die Bemessung des Extrabeitrages auf 2 M., den alle die zahlen sollen, die Vollarbeiter sind. Der erzielte Betrag soll auf die Arbeitslosen verteilt werden. Nur im Bezirk 4 wurde noch ein anderer Antrag angenommen. Einig waren sich die Bezirke darin, daß die Zahlung der Extra-Arbeitslosenunterstützung, die durch den Extrabeitrag ermöglicht wird, ohne Bindung an eine Karenzzeit gezahlt wird.

Der Gauvorstand schlägt nun vor, den Extrabeitrag von 2 M. pro Woche zu erheben und aus dem Erträgnis jedem arbeitslosen Mitgliede wöchentlich eine Extraauszahlung von 20 Mark zu zahlen, ohne Rücksicht auf die Zahl der geleisteten Beiträge. Sollte die Einnahme aus den Extrabeiträgen ein Mehr ergeben, so soll dieses als Riesterunterstützung verwandt werden. Bei einer Mindereinnahme soll das Fehlen von der Gausasse getragen werden.

In der folgenden Diskussion wurde die Schaffung von Arbeitsgelegenheit als Hauptsache betont, und verlangt, daß man sich die von der großen Arbeitslosenversammlung am 8. Juli aufgestellten 8 Punkte zu eigen mache und die energische Vertretung der 8 Punkte vom Gewerkschaftsbund verlange. Außerdem wurden noch verschiedene neue weitergehende Anträge gestellt. Das „Schließen von Leberstunden“ wurde scharf verurteilt.

Schließlich wurde gemäß den Vorschlägen des Gauvorstandes der Extrabeitrag von 2 Mark und die wöchentliche Extraauszahlung von 20 Mark beschlossen. Ferner wurde beschlossen, daß sich bei Verdiensten von über 300 Mark der Extrabeitrag auf 5 Mark erhöht. Außerdem sollen nach einem weiteren Beschluß die Kollegen, die Leberstunden leisten, noch eine Extrasteuer in Höhe von 50 Proz. des Leberstundengebühres leisten. Diese Beschlüsse gelten zunächst für ein Vierteljahr. Der Extrabeitrag wird zur Gewährung der Extraauszahlung in der nächstfolgenden Woche erstmalig in dieser Woche erhoben.

Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution:

„In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Druckereien stillgelegt werden, lediglich deswegen, weil die Ausbuchtung, Verhöhlung und Verschlebung gewinnbringender sind als die geregelte Produktion. In dieser Zeit, in der uns von allen Seiten gepredigt wird, nur Arbeit könne uns retten, sieht die Regierung tatenlos zu, wie seitens der Unternehmer durch Schließung der Betriebe Sabotage der Arbeit betrieben wird, die Arbeitslosenzahl künstlich gesteigert wird und immer mehr Kollegen, Arbeiter und Angestellte dem Arbeitslosentum überantwortet werden. Die Generalversammlung fordert daher von den maßgebenden Stellen Taten, die die Stilllegung der Betriebe verhindern, und sie verlangt vom Gau- und Verbandsvorstand, zur Durchführung dieser Forderungen die erforderlichen Schritte zu unternehmen.“

Die Beschlußfassung über die Gausassesse zu den Unterstützungen und die Festsetzung des Beitrages war der nächste Punkt der Tagesordnung. Dazu sprach Schleifer: Die Verbandsgeneralversammlung in Nürnberg habe den Verbandsbeitrag erhöht und Änderungen der Unterstützungsätze vorgenommen. Es frage sich, wie nun der Gaubeitrag zu bemessen sei und ob Änderungen der Gauunterstützungen vorzunehmen wären. Der Gauvorstand schlägt folgendes vor: Der Beitrag im Berliner Gau soll in der bisherigen Höhe weitererhöht werden. Der Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, den Berlin abgibt, soll gleichmäßig für alle Kollegen auf 50 Pf. pro Tag festgesetzt werden, unter Anwendung der Karenzen, die der Verband eingeführt habe. In Wegfall kommen soll die voriges Jahr für Berlin beschlossene Extraauszahlung für Kranke von 75 Pf. pro Tag und für Invaliden von 50 Pf. pro Tag. Dies wird mit Rücksicht darauf beantragt, daß nach den Beschlüssen des Verbandstages ab 1. Juli die Verbandsumstützungen für Kranke und Invaliden erhöht sind, und weil auch inzwischen die Erhöhungen der Unterstützungen aus der staatlichen Kranken- und Invalidenversicherung eintreten. Die Versammlung stimmte mit den Vorschlägen des Gauvorstandes zu und beschloß ferner, daß die Berliner Verbandsangestellten gemäß den Nürnberger Beschlüssen zu befolgen seien.

Weshalb Arbeitsmangel in den Papierverarbeitungsbetrieben?

Aus den Kreisen der Arbeiterschaft in den Papierverarbeitungsbetrieben sind mehrfach Klagen über bevorstehenden und auch schon vorhandenen Arbeitsmangel laut geworden, der letzten Endes in einer gefährlichen Unsitte zahlreicher Geschäftsleute seine Ursache hat.

Seit einigen Monaten verwenden viele Lebensmittel-Verkaufsgeschäfte zum Verpacken der gekauften Waren bedrucktes Zeitungspapier. Auf die Gefahren, welche dieses Verpackungsmaterial in gesundheitlicher Beziehung in sich schließt, ist von berufener Seite schon wiederholt in der Tagespresse hingewiesen worden, doch ist bisher trotz aller Ermahnung kaum zu beobachten, daß weniger Zeitungspapier zum Verpacken der Waren verwendet wird. Die Nichtbeachtung der von ärztlicher Seite bereits erfolgten Ermahnung, Lebensmittel nicht in Verbindung zu bringen mit der auf Zeitungspapier befindlichen gesundheitschädlichen Drucker-Schwärze, ist um so mehr zu bedauern, als zum Verpacken durchaus geeignetes Papier in genügender Menge zur Verfügung steht. Die

papierverarbeitenden Betriebe, namentlich die Zülfabriken, die die zur Verpackung von Lebensmitteln geeigneten Tüten früher herstellten, sehen sich in kurzer Zeit vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Betriebe bedeutend einzuschränken, wenn nicht ganz zu schließen, da sie für ihre Produktion bei den in Frage kommenden Lebensmittelgeschäften infolge der vielfachen Verwendung von Zeitungspapier zum Verpacken kaum noch lohnenden Absatz finden.

Neben der Gefährdung der Gesundheit durch das verarbeitete Zeitungspapier entsteht also auch noch die weitere Gefahr der Vermehrung der Arbeitslosen durch Schließung der obengenannten Betriebe, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird, daß zum Verpacken nur einwandfreies, geeignetes Material verwendet werden darf. Andererseits kann aber auch das laufende Publikum dieser gefährlichen Unsitte steuern, indem es Lebensmittel nur kauft, wenn diese in geeignetem Papier verpackt sind. Das Bestreben nach Ersparnis durch Verwendung des billigen Zeitungspapieres darf daher für den Verkäufer von Lebensmitteln nicht maßgebend sein, um dadurch andere Kreise der Bevölkerung nach verschiedenen Richtungen hin zu schädigen.

Leberstunden gegen Fettzulage. Zu der unter obiger Ueberschrift in Nr. 320 des „Vorwärts“ vom 28. Juni im Handelsteil veröffentlichten Notiz wird uns vom Deutschen Transportarbeiterverband, Mitgliedschaft Binnenschiffer und Fischer des Rheins und seiner Nebenflüsse, Duisburg, folgendes geschrieben:

Das in unserem Verbandsorganisierte Despersonal der Rhein- und Kanalfahrzeuge hat in den Mitgliederversammlungen die längere Fahrtdauer abgelehnt und damit auch die Fettzulage. Die Gründe, welche zur Ablehnung führten, sind:

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit des Despersonals beträgt 90 Stunden. Die Schiffmannschaften haben im Monat zwei freie Sonntage und an den übrigen Sonntagen im Monat fahren sie. Die Forderung der Regierung nach zwei Leberstunden während der Fahrt 12 Stunden pro Woche bedeuten, es läme also eine Arbeitszeit von 72 Stunden pro Woche zusammen. Gibt es eine Arbeitergruppe in Deutschland, welcher man Ähnliches zumutet?

Die Lebensmittelversorgung der Binnenschiffer ist völlig unregelmäßig. Der Binnenschiffer kann erst immer abends eintreffen und muß dann naturgemäß die höchsten Preise zahlen, außerdem sorgen alle Kommunalverbände zuerst für die Gemeindeglieder, der Binnenschiffer erhält in vielen Fällen nicht einmal seine rationierten Lebensmittel.

Ferner ist festzustellen, daß die Leberstundezeit der Schiffe außerordentlich groß ist. Nicht die verlängerte Fahrzeit wird die Kohlenversorgung Süddeutschlands heben, sondern zunächst die Ausnutzung aller vorhandenen Umschlagvorrichtungen und die neuzeitliche Einrichtung derselben. Der vorhandene Schiffsraum muß ausgenutzt werden. Hunderte von Rähnen liegen in Amsterdamm und Rotterdam seit Monaten und Jahren als Lagerschiffe. Beim Streik der holländischen Hafenarbeiter hat die Firma Risselhuber-Röin Rähne als Streikbrecher-Wohnschiffe zur Verfügung gestellt. Fahrzeuge und Schiffe werden verkauft und verhöben trotz scharfter Bestimmungen. Hat doch die Firma Carl Schroers-Duisburg u. a. rund 60 000 Tonnen ihres Schiffsraums an holländische Firmen übergeben lassen. Mit der Kapitalflucht verschwindet der Steuerzahler.

Vom Binnenschiffer aber wird die längste Arbeitszeit in Deutschland verlangt.

Tarifliches aus dem Versicherungsgewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns berichtet: Im Anschluß an eine erledigte Tagesordnung fand am 7. d. M. eine Verhandlung zur Regelung der Leberstundenabkündigung statt. Der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten verlor in der Verhandlung die Sache so darzustellen, als wenn nun auf seine Bemühungen hin diese Regelung erfolgt ist. Im Interesse der gesamten Versicherungsangestellten muß öffentlich festgestellt werden, daß außer ihm noch der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellterverbände, der Gewerkschaftsbund der Angestellten und an führender Stelle der Zentralverband der Angestellten an dieser Verhandlung beteiligt waren. Der festen Haltung der letzteren in der Vorverhandlung am 20. Mai ist es denn auch zu verdanken, daß der Arbeitgeberverband nunmehr folgenden verbesserten Vorschlag unterbreitet: Für Jugendliche 4 M., Angestellte der Klasse IV 4,50 M., der Klasse III 5 M., der Klasse II 6 M. und der Klasse I 7,50 M. pro Stunde. Diese Sätze gelten einheitlich für das gesamte Reich ohne Ortsklassenabzug und sind vorbehaltlich der Zustimmung unserer Mitglieder von uns angenommen.

Die endgültige Regelung der Ortsklasseneinteilung wird einem vom Reichsarbeitsministerium zu ernennenden Schiedsgericht unterbreitet. Die Arbeitnehmerbeisitzenden desselben werden durch je einen Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände gestellt.

Die Firma Jünger u. Sohn, Prenzlauer Allee 86, ist gesperrt! Die Firma hat, nachdem von den dort Beschäftigten tarifliche Entlohnung verlangt wurde, dieselben auf die Straße gesetzt und versucht, ihre Arbeiten im Gefängnis Reutlin, Schönfeldstraße, fertigstellen zu lassen. Buchbinder-Verband.

Zentralverband der Fleischer. Die Sektionen I und IV veranstalten am Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Striegeleinhaus, Chausseestr. 94, ihr diesjähriges Sommerfest. Eintritt 2,00 M. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Soziales.

Mit der Zukunft der deutschen Sozialversicherung Beschäftigte sich der Verein sozialistischer Kerate Groß-

Berlins in seiner letzten Versammlung. Den einleitenden Vortrag hielt Genosse Bürgermeister Klees als Vorschreiber. Er behandelte besonders die notwendige Verstaatlichung des Heilwesens, die nur durch Weiterentwicklung der Sozialversicherung und ihre Überleitung in eine allgemeine Staatsbürgerversicherung herbeigeführt werden kann. Man werde unterscheiden müssen zwischen einer halbigen Neugestaltung der Sozialversicherung, die zunächst die dringenden Gegenwartserfordernisse berücksichtigt, und einem späteren Ausbau des gesamten Versicherungswesens. Vor allem müsse dem jetzigen Wirtschaft in der Reichsliste ein Ende gemacht werden durch Hineinarbeiten der rund 120 Rotgehe, Rotverordnungen usw. zur Reichsversicherungsordnung in diese. Redner entwarf dann einen Plan der Verstaatlichung der ärztlichen Hilfe, der darin besteht, daß in jedem Stadt- und Landkreis die Krankenkassen und das Wohlfahrtsamt einen Zweckverband bilden, der die für die jeweilige Bevölkerungszahl erforderlichen Kerate anstellt und die Kosten trägt, die auf die einzelnen Organisationen „umgelegt“ werden. — An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Dr. Jabel, Koeder, Drucker und so weiter. Zum Teil waren sie anderer Ansicht. Die Versicherung dürfe nicht zu einer Staatsbürgerversicherung umgestaltet werden, sondern müsse selbständig bleiben, da sie nicht bürokratisiert werden dürfe, auch in absehbarer Zeit der Staat keine Mittel hierfür habe. Es wurden zwei Anträge eingebracht: der eine will die bestehenden Stellen erhalten, die unerlässliche Neugestaltung der Sozialversicherung so schnell als möglich vorzunehmen, der andere verlangt die Einlegung einer Keratekommission, die Vorschläge zur Neugestaltung vom Kräftepunkt aus aufstellt. Bis jetzt hätten sich die Kerate immer im allgemeinen um die Reform der Sozialversicherung nicht gekümmert oder gar im Sinne einer Beschränkung gewirkt. Die Anträge fanden Zustimmung, doch sollen Einzelheiten erst in der nächsten Versammlung beraten werden.

Krankenkassen und Kranke.

Zu der in der Mittwoch-Abendausgabe des „Vorwärts“ enthaltenen Zuschrift einer Vorwärtsleserin erhalten wir von einem Betriebsratsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin nachfolgende Entgegnung: Der Artikel ist geeignet, eine unbegründete Voreingenommenheit gegen die Krankenkassen und deren Angehörige im Publikum zu verbreiten. Im Namen aller meiner Kollegen lege ich Verwahrung gegen die Behauptung ein, die Angestellten bedienten sich den Mitgliedern gegenüber eines „Kaufmannstonnes“. Jeder abfertige Angeestellte wird sich bemühen, daß er dazu da ist, die Interessen der Kasse sowie auch der erkrankten Mitglieder wahrzunehmen. Daß dabei manchmal bei der Schwerfälligkeit eines Teils des Publikums, streng sachlich gehandelt werden muß, leuchtet manchem Menschen nicht ein, zumal, wenn er auf dem Standpunkt steht: „Die Kasse ist doch unzerstörbar.“ Daß die veralteteste technische Maßnahme der Kassenleistungen von den Abfertigern streng beachtet werden müssen, will sehr vielen Mitgliedern nicht behagen; jeder will für sich die größte Bequemlichkeit und den größten Vorzug haben. Daran, daß die Angestellten auch nur Menschen sind, denkt niemand. Der Abfertiger in der Kasse ist für seinen Schalter mit allem Drum und Dran der Geschäftsleitung verantwortlich. Wer sollte bei einer schickweisen Befehle der Schalter wohl für Fehler, die bei einem Kassenbetrieb vorkommen, verantwortlich gemacht werden? Die Geschäftsleitung, die Kollegenchaft und der Betriebsrat der Kasse, bei welcher ich im Dienst bin, haben sich wohl mit der Frage der Schichtarbeit befaßt, sie sind aber alle zur Ablehnung einer heranziehenden Einrichtung gelangt, weil sie technisch nicht durchführbar ist. Die Beschaffung der Krankenakten ist bei zünftiger Ueberlegung auch nicht so gefährlich, wie die Schreiberin es darstellt. Heute ist in Groß-Berlin fast jeder Arbeitgeber im Besitz von entsprechenden Formularen, welche von den Kassen gratis geliefert werden, es wird nur vom Arbeitgeber die Gewähr gefordert, daß ein Mißbrauch mit den Schritten nicht getrieben werden darf. Andererseits können erkrankte Mitglieder in der Zentralstelle ihrer Kasse gegen genaue Namensnennung, Angabe der Mitgliedsnummer oder des genauen Geburtsdatums und Befügung eines mit genauer Adresse versehenen Freiumschlages Ausweise erhalten. Die Erledigung dieser durch die Beschäftigung dieser Arbeiten ist die Zeit nach 1 Uhr mittags bis Dienstaufbruch neben anderen sehr wichtigen Arbeiten bestimmt. Wer, wie die Artikelschreiberin, den Abfertigungsbedienstet bei einer Krankenliste nicht kennt, nimmt vielleicht an, daß die Angestellten bereits um 1 Uhr Feierabend machen. Daß dann erst ein sehr umfangreicher und wichtiger Teil des Dienstes, Postverkehr mit den Mitgliedern, Schriftverkehr mit den Zentralen, Instandhaltung der Journale und Kartotheken und anderes mehr zu erledigen ist, muß dem Publikum ernstlich vor Augen geführt werden. Welche wertvollen Erfahrungen die Schreiberin bei einer „Kaufmännischen Kasse“ gesammelt hat, das sollte sie den Ortsklassen nicht vorkalten, denn die Mitgliedschaft dort ist nicht Pflicht, sondern freiwillig.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. 1880. Sie haben die Notiz in Nr. 329 falsch verstanden. Der irrtümliche Professor Duval strebt nach Vereinfachung der Kurrentschrift, daß sie die Stenographie erleichtert. Gegenwärtig wird auch in Deutschland eine Vereinfachung und Vereinfachung der verschiedenen Stenographiensysteme anstrebt. — Schmidt, Wohnungsnr. 10. Wir werden die Angelegenheit prüfen und dem Wohnungsamte übergeben. — S. R. Ja.

Bericht: für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiedt, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8. Dienstag 1. Juli 1910.

Die Zukunft der deutschen Schule!

Bücher aus dem Verlag von Quelle & Meyer

Die deutsche Schulreform
Mit einem Geleitwort von HEINRICH SCHULZ
Geheftet Mk. 22,50 Gebunden Mk. 30,—
HEINRICH SCHULZ:
Der Weg zum Reichsschulgesetz
Geheftet Mk. 12.— Gebunden Mk. 18,—
SICKINGER:
Arbeitsunterricht * Einheitsschule
Mannheimer Schulsystem
Geheftet Mk. 9,— Gebunden Mk. 12,—

GAUDIG:
Schulreform?
Geheftet Mk. 9,—

C. H. BECKER:
Kulturpolitische Aufgaben des Reiches
Geheftet Mk. 3,75
E. BAUF:
Die methodische Grundform aller Pädagogik
Geheftet Mk. 12,—
O. KUTZNER:
Der Weg zur Kultur
Geheftet Mk. 10,50 Gebunden Mk. 13,50
ED. SPRANGER:
Kultur und Erziehung
Geheftet Mk. 4,20 Gebunden Mk. 5,70

K. REINHARDT:
Neugestaltung des deutschen Schulwesens
Geheftet Mk. 3,75
H. WEIMER:
Schulzucht
Gebunden Mk. 10,20
ED. SPRANGER:
Gedanken über Lehrerbildung
Geheftet Mk. 3,75
R. JAHNKE:
Werden und Wirken
Gebunden Mk. 6,90

Auf alle Preise 20 Prozent Teuerungszuschlag * Schnellste Erledigung schriftlicher Bestellungen

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 2